

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 27. Mai 1988

Nr.102 (5 730)

Preis 3 Kopeken

Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionsparteikonferenz

(gebilligt vom Plenum des ZK der KPdSU am 23. Mai 1988)

Unser Land durchlebt einen tiefgehenden revolutionären Wandlungsprozess von historischer Tragweite, dessen Initiator und Organisator die Kommunistische Partei der Sowjetunion ist. Das Aprilplenum des ZK der KPdSU (1985) und der XXVII. Parteitag haben den Kurs der Partei auf die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, auf die allseitige Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft und auf ein qualitativ neues Niveau des Sozialismus festgelegt. Diese Erneuerungsstrategie wurde auf dem Januar- und dem Juniplen des ZK der KPdSU (1987) während der Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages des Großen Oktober und auf dem Februarplen des ZK in diesem Jahr vertieft und konkretisiert. Somit sind die Grundlagen der Theorie und der wissenschaftlichen Politik der Umgestaltung aller Lebensbereiche der Gesellschaft geschaffen worden.

Die Umgestaltung verfolgt das Ziel, den humanistischen Charakter und die Schaffenskraft des Sozialismus in vollem Maße zu erschließen. Dieses Ziel ist untrennbar von der Entwicklung der Demokratie und Offenheit, der Selbstverwaltung des Volkes, der radikalen Wirtschaftsreform, der moralischen Läuterung der Gesellschaft und der Ermittlung schöpferischer Möglichkeiten, die der freien und allseitigen Entwicklung des Menschen innewohnen.

Wir sind die ersten Ergebnisse der Umgestaltung, was ist zu tun, um die auf ihrem Weg stehenden Hindernisse zu beseitigen, dem revolutionären Erneuerungsprozess einen neuen, machtvollen Impuls zu verleihen und ihn unumkehrbar zu machen? Antwort auf diese die Kommunisten und alle Sowjetmenschen bewegenden Fragen muß die XIX. Unionsparteikonferenz geben, die am 28. Juni 1988 in Moskau eröffnet wird.

Die Tagesordnung der Konferenz: 1) Über die Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU, über die Hauptergebnisse der ersten Hälfte des zwölften Planjahres und die Aufgaben der Parteiorganisationen zur Vertiefung des Umgestaltungsprozesses; 2) über die Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung des Lebens der Partei und der Gesellschaft.

Die Fragen, die der Konferenz zur Erörterung unterbreitet werden, sind von lebenswichtiger Bedeutung für die Partei und das Land. Es steht bevor, eine realistische Bewertung des Geleisteten zu liefern, das Erreichte vom Standpunkt einer ernsthaften kritischen und selbstkritischen Analyse einzuschätzen, einen klaren Begriff davon zu bekommen, wie die von uns gefaßten Beschlüsse erfüllt werden, die vordringlichsten Fragen prinzipiell aufzuwerfen, positive Erfahrungen zu verallgemeinern und die Perspektive der weiteren Fortbewegung umzureifen.

Als Plattform für die Diskussion zu diesen Fragen werden die vorliegenden Thesen des ZK der KPdSU empfohlen.

1. Die Umgestaltung hat eine prinzipiell neue ideologisch-politische Situation in der Gesellschaft geschaffen. Sie ist Wirklichkeit geworden, gewinnt an Kraft, vertieft und verbreitet sich, wobei sie alle Schichten und Lebensbereiche unserer Gesellschaft umfaßt. Das Februarplen des ZK (1988) definierte das ideologische Wesen der vor sich gehenden Prozesse als eine Revolution des Bewußtseins und der ideologischen Erneuerung. Das Merkmal unserer Zeit ist die Entstehung eines realen Pluralismus der Meinungen, eine offene Gegenüberstellung der Ideen und Interessen. Dadurch können die Sowjetmenschen ihr intellektuelles und moralisches Potential besser nutzen und am gesellschaftlichen Leben aktiver teilnehmen.

Auf der Umgestaltungsplattform vollzieht sich die politische Konsolidierung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intelligenz, aller sozialen Kräfte. Die Sowjetmenschen unterstützen durch ihre Arbeit und gesellschaftliche Aktivität immer wirkungsvoller die revolutionären Umgestaltungen in unserem Land. Heute ist das die Haupttendenz in der gesellschaftlichen Entwicklung, das wichtigste Ergebnis der ersten Etappe der Umgestaltung.

Zugleich erfolgt der Umgestaltungsprozess widerspruchsvoll, unter Überwindung von Schwierigkeiten und im Kampf des Neuen gegen das Alte. Besonders lebensfähig waren die Überbleibsel des konservativen, bürokratischen Bewußtseins. Nur langsam geben die Anhänger dogmatischer Begriffe vom Sozialismus ihre Positionen auf. Es werden Versuche unternommen, alte Druckmethoden der Leitung der Wirtschaft und anderer Lebensbereiche beizubehalten.

Ohne Überwindung dieser negativen Erscheinungen ist es unmöglich, erfolgreich voranzukommen und großangelegte Umgestaltungsaufgaben zu lösen. Es gilt, das theoretische Niveau der ideologisch-politischen Arbeit zu heben, die schöpferischen Diskussionen über aktuelle Fragen des Sozialismus zu vertiefen. Die Mannigfaltigkeit der Meinungen unterstützend, unterstreicht das ZK der KPdSU, daß Diskussionen nur auf der Grundlage und im Namen des Sozialismus ersprießlich sind. Sie dürfen nicht zur politischen Konfrontation, zur Isolierung sozialer Kräfte führen, was die Lösung der vordringlichen Aufgaben unserer ganzen Gesellschaft erschweren würde.

Das bezieht sich auch auf viele brisante Fragen der Geschichte; das Interesse für sie ist in letzter Zeit unermesslich gestiegen. Die Partei wird konsequent die Politik der Offenheit und Publizität, der freien Behandlung von Problemen der Vergangenheit und der Gegenwart betreiben, denn gerade eine solche Politik fördert die moralische Gesundung der sowjetischen Gesellschaft, die Befreiung von Altem, was ihrer humanen Natur fremd ist.

Für uns ist nicht nur die Frage der Ziele und Werte des Sozialismus von Belang, sondern auch die Mittel, mit denen sie erreicht werden können und die Menschenleben, mit denen für sie gezahlt werden muß. Es ist unsere Partei- und Bürgerpflicht, diejenigen zu rehabilitieren, die in der Vergangenheit zu Opfern un-

begünstigter politischer Anschuldigungen und der Gesetzlosigkeit geworden sind.

Wir brauchen einen ständig wirkenden Mechanismus der Gegenüberstellung von Meinungen, Kritik und Selbstkritik in der Partei und der Gesellschaft. Die eindeutigen Errungenschaften der Politik der Offenheit müssen gefestigt und erweitert werden. Bei dem Einparteiensystem, daß sich in unserem Land historisch herausgebildet und konsolidiert hat und das sich heute organisch mit den Demokratisierungsprozessen vereint, ist diese Frage lebenswichtig. Hierbei ist eine Leninsche Haltung von besonderer Wichtigkeit. W. I. Lenin verurteilte die Fraktionsbildung, war aber energisch gegen eine Verfolgung von Parteimitgliedern wegen anderer Einstellungen zu dieser oder jener Frage. Ständiger konstruktiver politischer Dialog, hohe Diskussionskultur, breite Informationstätigkeit zu Fragen der Innen- und Außenpolitik, Studium und Berücksichtigung der öffentlichen Meinung müssen zu unabdingbaren Wesenszügen des Parteilebens werden.

2. Nach dem Aprilplen des ZK hat sich die Partei vorrangig mit Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklung befaßt.

Es ist bekannt, daß die Jahre der Stagnation das Land in die Gefahr einer Wirtschaftskrise gebracht haben. Das extensive Wirtschaftssystem, das seinem Wesen nach ein Aufwandsystem darstellt, hat sich vollständig erschöpft. Seine Struktur, sein technisches Niveau stehen im Widerspruch zu den Anforderungen der Gegenwart. Die administrativen und Weisungsmethoden der Leitung haben sich in ein ernsthaftes Hindernis verwandelt. Es gab keinen Produktionszuwachs und keine Effektivitätssteigerung mehr, das Lebensniveau der Bevölkerung stieg nicht. Viele Sozialfragen waren vernachlässigt worden. Die Finanzwirtschaft des Landes war ernsthaft zerrüttet, das Verantwortungsbewußtsein der Beschäftigten und die Arbeitsdisziplin hatten nachgelassen.

Vor der Partei stand eine komplizierte Aufgabe, nämlich das Land aus der Stagnation herauszuführen, die ökonomische Situation zu verbessern, die Entwicklung auf das Wohl des Volkes zu orientieren, komplexe Langzeitmaßnahmen zu erarbeiten sowie zu verwirklichen, um die Möglichkeiten einer besseren Nutzung des weltweiten wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Fortschritts zu gewährleisten.

Als erster Schritt wurde die große Arbeit zur Einführung einer elementaren Ordnung und Festigung der Disziplin in der Volkswirtschaft entfaltet, wurden die Anforderungen an die Kader erhöht, die unhaltbarsten Erscheinungen der Bürokratie, die die Menschen an einer normalen Arbeit hindern, beseitigt.

Man ging an die praktische Verwirklichung einer neuen Strukturpolitik mit Hauptaugenmerk auf die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, an die Modernisierung des Maschinenbaus als Grundlage für die Erhöhung des technischen Niveaus der gesamten Wirtschaft. Es werden konkrete Maßnahmen ökonomischer und organisatorischer Art verwirklicht, die zur Steigerung der Erzeugnisqualität wesentlich beitragen werden.

Als Gegengewicht zu dem ehemals bei der Bereitstellung von Mitteln in der sozialen Sphäre angewandten „Restprinzip“ wurden die Zuwendungen für den Wohnungsbau und den Gesundheitsschutz, für die Entwicklung der Volksbildung und die Festigung der materiellen Grundlagen der Kultursphäre sowie für andere soziale Zwecke gesteigert.

Das Hauptanliegen ist die Erarbeitung und praktische Verwirklichung einer radikalen Reform, die den Übergang von den vorrangig administrativen zu wirtschaftlichen Leitungsmethoden, die größere Interessiertheit der Kollektive und einzelnen Beschäftigten an ihren Arbeitsergebnissen gewährleisten. Wichtige Marksteine auf diesem Weg bilden die verabschiedeten Gesetze über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung), über die Kooperation und die individuelle Erwerbstätigkeit. Im Lande hat sich die Arbeit zur Überführung der Betriebe zur wirtschaftlichen Rechnungsführung, zu fortschrittlichen Formen der Organisation und Stimulierung der Arbeit und zur Selbstverwaltung in breitem Maßstab entfaltet. Sie lösen in den Kollektiven Initiativen aus, regen zu Unternehmungsgeist und dazu an, mit ganzer Kraft zu arbeiten, fördern die Ausmerzung der Gleichmächerei in allen Formen und führen zur Bildung des materiellen Fundaments des Demokratisierungsprozesses.

Die Partei hat Kurs genommen auf die allseitige Ausschöpfung der Möglichkeiten der Sowchose und Kolchose durch die Entwicklung verschiedener Vertragsformen, die Schaffung eines breiten Netzes von Genossenschaften sowie im Rahmen der existierenden Agrarbetriebe als auch im Zusammenwirken mit anderen Betrieben und Wirtschaftszweigen.

Natürlich sind zwei, drei Jahre keine ausreichende Frist für grundlegende ökonomische Veränderungen. Wir befinden uns in der Anfangsetappe, gewissermaßen in einer Übergangsperiode. Das Gesetz über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung) und andere, die Wirtschaftsreform betreffende Beschlüsse traten erst in diesem Jahr in Kraft und sie kommen noch nicht voll zur Wirkung, weil sie mitten in der Fünfjahrplanperiode eingeführt worden sind — bei veralteten Preisen, bei Fehlen eines Großhandels mit Produktionsmitteln, unter den Bedingungen weiterhin bestehender Defizite. Die erarbeiteten und bereits wirksamen großen Programme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts erbringen nicht sofort einen Nutzen.

Und dennoch sind positive Veränderungen zu spüren. Das Wichtigste besteht darin, daß es gelungen ist, das Anwachsen der negativen Tendenzen zu stoppen, die in eine Krisensituation auszuarten drohten, diese Tendenzen zu über-

winden und bestimmte Voraussetzungen für eine weitere stabile Vorwärtsbewegung zu schaffen.

Dabei geht es nicht nur um die Steigerung der Zuwachsraten in der Industrieproduktion, die verstärkte Inbetriebnahme der Grundfonds und die Verbesserung anderer quantitativer Kennziffern. Wichtig ist, daß sie auf einer gesunden ökonomischen Grundlage erzielt wurden. Zum ersten Mal konnte im Vorjahr hier der Zuwachs des Nationaleinkommens durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität herbeigeführt werden. Es zeigten sich die ersten tröstenden Ergebnisse bei der Entwicklung von Modellen neuzeitlicher Technik und Technologien. In gewissem Grade vergrößert sich die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Auch im sozialen Bereich ist die Situation anders geworden. Innerhalb der zwei letzten Jahre erhöhten sich die Monatsverdienste der Arbeiter und Kolchosbauern — um 8,9 Prozent, gegenüber der elften Fünfjahrplanperiode werden jetzt um 15 Millionen Quadratmeter Wohnfläche mehr übergeben. Die Sterblichkeit ist zurückgegangen, die Geburtenzahl hat dagegen zugenommen. Dazu haben in nicht geringem Maße die Maßnahmen zur Bekämpfung von Trunksucht und Alkoholismus beigetragen.

Die positiven Resultate liegen deutlich auf der Hand, doch geben sie keinen Grund, von einer grundlegenden Wende in der sozialökonomischen Entwicklung des Landes zu sprechen. Bestehen bleibt einstwilen noch eine „beschwertere“ Wirtschaftsstruktur von stark ausgeprägtem Anwandcharakter. Die Auflagen bei der Erhöhung des Nationaleinkommens und bei der Einsparung von Ressourcen werden nicht erfüllt, langsamer als geplant kommt der Maschinenbau voran. Noch immer mangelt es an wertvollen Erzeugnissen der elektronischen Industrie und an zukunftsstrahlenden Konstruktionsmaterialien.

Besonders unzulässig sind die Planrückstände bei der vorrangigen Steigerung der Produktion von Bedarfsartikeln. Nach wie vor gibt es Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Die Pläne bei der Vergrößerung der Produktion von Konsumgütern, der Verbesserung ihrer Qualität und bei der Vergrößerung des Warenumsatzes wurden nicht erfüllt. Das fehlende Ware-Geld-Gleichgewicht und das Haushaltsdefizit beeinträchtigen die laufende Produktion und den Fortgang der Reform selbst.

Die sich seit Beginn der Reform bietenden Möglichkeiten werden offensichtlich unzureichend ausgeschöpft. Es gilt, sich über die Gründe dafür auf der Konferenz klarzuwerden. Offenbar geht da bei allen Schwierigkeiten, die mit der Umstellung von einem System der Wirtschaftstätigkeit auf ein anderes zusammenhängen, vieles auf die konservative und rückständige Denkweise eines Teils der Wirtschaftsfunktionäre und ganzer Kollektive zurück, auf das Bestreben, an gewohnten Griffen und Methoden festzuhalten, auf alte Weise zu leben und zu arbeiten.

Es läßt sich nicht übersehen, daß die Maßnahmen zur Realisierung der Wirtschaftsreform häufig durch die bürokratische Haltung einer Reihe von Ministern, anderen zentralen Staats- und Wirtschaftsorganen, lanagelegt werden. Oftmals bleibt unter dem Vorwand staatlicher Aufträge, ökonomischer Normative und anderer neuer Leitungsmethoden das bisherige administrative Diktat im Grunde genommen in Kraft. Die Umgestaltung auf der Ebene der Fachministerien hinkt deutlich hinter der Umgestaltung in den Betrieben her. In diesem Zusammenhang gilt es, jene Handlungen kompromißlos zu verurteilen, die das Wesen der Wirtschaftsreform verfälschen und die das Gesetz über den Betrieb direkt oder indirekt untergraben.

Das Leben setzt auch solche eine erste Frage auf die Tagesordnung wie die Entfaltung des ökonomischen Wettstreits als Gegenmittel zu Monopolismus, Stagnation und Konservatismus.

Angesichts der gegenwärtigen Lage sollte die Tätigkeit des Staatlichen Plankomitees, des Staatlichen Komitees für materielle-technische Versorgung, des Ministeriums für Finanzen der UdSSR sowie der Fachministerien und zentraler Staatsorgane von Unionsbedeutung, der Wirtschaftsorgane der Unionsrepubliken, der Betriebe und Organisationen analysiert und bewertet werden. Dies ist im Hinblick auf den bevorstehenden Übergang der Betriebe sämtlicher Zweige zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstfinanzierung ganz besonders wichtig. Es ist es notwendig, jene Probleme schneller zu lösen, von denen die vollständige Realisierung der Prinzipien der Wirtschaftsreform abhängt. Dabei müssen zugleich Lehren aus der Anfangsetappe der Umgestaltung gezogen werden. Die Umstellung auf den Großhandel mit Produktionsmitteln ist rascher zu vollziehen; es sind Maßnahmen zur Vervollkommnung des Kredit- und Finanzsystems zu realisieren. Die Preis- und Preisbildungsreform sind sorgfältig vorzubereiten und rechtzeitig vorzunehmen. Ohne dies sind die Einführung der wirklichen wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben, die echte Selbstständigkeit der Arbeitskollektive, die Entfaltung der Kooperationsbewegung, die Steigerung der Effektivität der Wirtschaft und in der Endkonsequenz die Hebung des Volkswohlstandes unmöglich. Dabei sei unterstrichen, daß die Revidierung der Einzelhandelspreise ohne Beeinträchtigung des Lebensniveaus der Bevölkerung erfolgen soll.

Eine starke Sozialpolitik ist mit der wichtigste Vorrang in der Tätigkeit der Partei. Deshalb muß die soziale Ausrichtung der ökonomischen Entwicklung bei der Ausarbeitung des dreizehnten Fünfjahrplans an die Spitze gesetzt werden. Im Vordergrund soll die schnellstmögliche Deckung des Bedarfs der sowjetischen Menschen an vollwertigen Nahrungsmitteln stehen. Nicht minder wichtig sind die Sättigung des Marktes mit sortiment- und qualitätsgerechten Konsum-

gütern und die Schaffung einer neuzeitigen Dienstleistungssphäre. Vorzusehen ist die weitere Beschleunigung des Tempos beim Bau von Wohnhäusern. Die bestehenden Programme für die Bessergestaltung des Gesundheitsschutzes und des Bildungswesens sind zu realisieren.

Ein überaus wichtiges Anliegen sind der verstärkte Umweltschutz und die Verwirklichung eines Maßnahmenkomplexes zur grundlegenden Verbesserung der ökologischen Situation im Lande.

An erster Stelle unter den Produktionsaufgaben steht, wie das vom XXVII. Parteitag der KPdSU auch beschlossen war, das Programm der beschleunigten Entwicklung der tragenden Zweige des Maschinenbaus, der Elektronik, des Geräte- und Werkzeugmaschinenbaus. Es gilt, schon ab kommendem Jahr entscheidendere eine grundlegende Veränderung der Strukturpolitik im Bereich der zu erzeugenden Produktion und der Investitionen bei obligatorischer Realisierung des Kurses auf striktes Sparen von Ressourcen anzustreben.

Im Lande existieren schon viele Hunderte und Tausende Arbeitskollektive, die es vermocht haben, unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung die Arbeitsproduktivität bedeutend zu steigern und bei der Qualität der Erzeugnisse den Weltstand zu erreichen. Und das beweist, daß die in der zwölften Fünfjahrplanperiode vorgesehenen Zielmarken und der gesamte Aufstieg unseres ökonomischen und sozialen Bereichs durchaus erreichbar sind. Bei uns gibt es nicht nur einzelne Betriebe und Vereinigungen, sondern ganze Zweige, die in allen Kennziffern den geplanten Rhythmus einhalten. Es gibt Gebiete und Republiken, wo man durch besseres Wirtschaften ein höheres Niveau der Lebensmittelversorgung und der Deckung des Bedarfs der Bevölkerung an Waren und Dienstleistungen als im Landesdurchschnitt erreicht hat. Dem Beispiel der Schrittmacher zu folgen, ihre Erfahrungen auszuwerten, die Konsumentenideologie auszumeren und eigene Initiative zu bekunden — das ist die vorrangige Aufgabe der Wirtschaftskader und aller Arbeitskollektive.

3. Die Umgestaltung setzt eine allseitige Entfaltung und größtmögliche Auswertung des intellektuellen und geistigen Potentials voraus, das durch die Entwicklung der Wissenschaft, des Bildungswesens und der Kultur geschaffen wird.

Die Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Strategie der Partei ist die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und vor allem die Aneignung der Erfindungen ihrer gegenwärtigen Etappe, die mit der Entwicklung fortschrittlicher Technologien — mit dem Gerätebau, Informatik, Biotechnologie, mit der Entwicklung von Materialien mit im voraus geplanten Eigenschaften usw. verbunden ist.

Bei der Entwicklung der Wissenschaft und Technik haben sich positive Wandlungen angedeutet, die Anforderungen an den technischen Entwicklungsstand der Produktion sind gestiegen, die Fristen der Überleitung neuer progressiver Erzeugnisse in die Fertigung sind reduziert worden. Das Netz wissenschaftlich-technischer Organisationen ist flexibler geworden, es sind prinzipiell neue Struktureinheiten entstanden — zweigübergreifende wissenschaftlich-technische Komplexe, Ingenieurzentren, provisorische Kollektive zur Lösung von Zielaufgaben. Im Lande sind 500 Forschungs- und Produktionsvereinigungen geschaffen worden. Größer sind die Investitionen für die Verstärkung der Versuchsbasis der Wissenschaft geworden. Von großer Bedeutung ist auch die eingeleitete organische Einschlebung der wissenschaftlichen Institutionen in das System der Beziehungen mit wirtschaftlicher Rechnungsführung.

Zugleich haben sich im wissenschaftlich-technischen Fortschritt keine wesentlichen Wandlungen vollzogen. Vorläufig sind noch keine effektiven Mechanismen gefunden worden, um das Interesse der Arbeitskollektive auf diese wichtige Aufgabe zu lenken. Die materielle Grundlage der Wissenschaft ist nach wie vor im Rückstand. Viele Leiter sind noch die Gewohnheit nicht losgeworden, nur den Sorgen des laufenden Moments zu leben und sich in diesen Fragen voll und ganz auf die höherstehenden Organe zu verlassen.

Die Generalrichtung der Beeinflussung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts geht über die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus. Gerade er muß auf die kontinuierliche Vervollkommnung der Produktion und auf die Aufrechterhaltung der Qualität der Erzeugnisse auf dem jetzigen Welt höchststand zielen.

Das Leben fordert einschneidendere Maßnahmen zur Vervollkommnung der Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und zur Überwindung ressourtmäßiger Hindernisse. Eine neue Organisationsform stellen die zweigübergreifenden Vereinigungen dar, die keinen entsprechenden Ministerien mehr untergeordnet sind. Dadurch werden auch die Möglichkeiten geschaffen, bei gegenseitiger Koordinierung den Zyklus: wissenschaftliche Forschungen — Technik und Technologie — Investitionen — Produktion — Absatz — Service zu verwirklichen. Die Arbeitskollektive werden die Ausrüstungen und die Technologie rascher, ohne Verzögerungen und ressourtmäßige Vereinbarungen erneuern können.

Die Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts müssen im gesamten Kontext der sozialen Entwicklung erörtert werden. Das Fehlen einer sozialen Expertise bei großdimensionalen Entwürfen kann zu großen ökologischen Auslagen und großem Aufwand an Arbeitskräften führen. Sie müssen auf ein Minimum reduziert oder vollständig ausgeschlossen werden.

Die neuen Aufgaben, die vor der Gesellschaft in der gegenwärtigen Etappe stehen, haben bedeutend die Rolle der Wissenschaft bei sämtlichen Prozessen der Umgestaltung. Die Gesell-

schaft ist an solch einer Grenze angelangt, wo ein wesentlicher Durchbruch in allen Richtungen der Natur, der technischen und der Gesellschaftswissenschaften nötig ist. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hat dazu einen stets zunehmenden Beitrag zu leisten.

Heutzutage kann sich der Sozialismus nicht erfolgreich entwickeln, ohne sich auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu stützen. Seinerseits wird dieser mit Sozialismus verleierte Fortschritt zu einem mächtigen Faktor der sozialen Erneuerung der Gesellschaft und ihrer Aufwärtsentwicklung.

Die humanistischen Prinzipien unserer Politik zielen auf die Gewährleistung eines stetigen Fortschritts der Gesellschaft, auf den Aufstieg der Bildung und Kultur des Volkes.

In den vergangenen drei Jahren wurde der Entwicklung der Volksbildung auf allen ihren Stufen und Ebenen wesentliche Aufmerksamkeit geschenkt. Die Fragen der Umgestaltung des Systems der Volksbildung wurden auf dem Februarplen des ZK der KPdSU (1988) erörtert. Unsere Hoch- und Mittelschule ist hinter den Bedürfnissen des Lebens und des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Fortschritts vielfach zurückgeblieben. Es sind tatkräftige Bemühungen der gesamten Gesellschaft nötig, um qualitative Wandlungen in ihrer Entwicklung herbeizuführen.

Im Laufe der Umgestaltung werden immer günstigere Bedingungen für die Entwicklung der sowjetischen Kultur, der intellektuellen und moralischen Vervollkommnung der Menschen, für die Aufdeckung der Talente und Begabungen und die Ausprägung der staatsbürgerlichen Eigenschaften der Persönlichkeit geschaffen. Die Intelligenz steuert einen gewichtigen Beitrag zur Lösung dieser Fragen bei. Bedeutend aufgelebt hat sich die Arbeit der früher existierten und heute erneut gegründeten Vereinigungen und Berufsverbände der Kulturschaffenden. Mit besonderer Wucht erhob sich die Frage der Verantwortung des Künstlers für das Schicksal des Landes.

4. Der Kurs der KPdSU auf die Umgestaltung und die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes war von Anfang an mit der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und der Durchsetzung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes verbunden. Die Wandlungen, die sich in dieser Richtung vollzogen haben, lassen sich nicht hoch genug einschätzen. Dank der Wahrhaftigkeit, der Offenheit, der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik schlägt der Puls des politischen Lebens des Landes nun viel stärker, es entfalten sich demokratische Prozesse in der Betriebsleitung und begann eine Offensive auf die überholten Strukturen und Stagnationserscheinungen. Doch alles bisher Geleistete ist nur ein Auftakt zur Lösung der äußerst bedeutsamen und komplizierten Aufgabe der tiefgreifenden und allseitigen Demokratisierung der Partei und der Gesellschaft.

Eine objektive Analyse der in den drei Jahren in der Ökonomie, im sozialen Bereich und in der Kultur erreichten Erfolge, die Erfassung der im Laufe der Umgestaltung aufgetauchten Probleme führten uns zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer Reform des politischen Systems der sowjetischen Gesellschaft. Ihr Ziel besteht darin, die breiten Volksmassen real in die Verwaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten einzubeziehen und die Formierung des sozialistischen Rechtsstaates abzuschließen.

Es handelt sich dabei um die Festigung und Entwicklung der grundlegenden Prinzipien der Staatlichkeit, die von der Oktoberrevolution geboren wurde. Diese Prinzipien, vor allem die Macht des Volkes, dessen Vorhut die Partei der Kommunisten ist, sind eine unerläßliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung unseres Vaterlandes auf dem Wege des sozialen Fortschritts. Infolge der Umgestaltung muß das politische System der sowjetischen Gesellschaft von allem befreit werden, was mit den Auswirkungen des Personalismus, den administrativen und Kommandomethoden der Leitung, dem Bürokratismus, der Entfremdung der Werktätigen der Macht, der Abweichung von den Leninschen Normen des Partei- und des Staatslebens verbunden ist. Es muß dynamisch und zur rechtzeitigen Erneuerung mit Berücksichtigung der wechselnden Verhältnisse des inneren und internationalen Lebens fähig sein.

5. Im Lichte der Umgestaltung erstet auf neue Art die Rolle der KPdSU als leitende und organisierende Kraft der sowjetischen Gesellschaft.

Das ZK der KPdSU geht von der Leninschen Konzeption der Partei als politischer Avantgarde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen aus. Gestützt auf die marxistisch-leninistische Lehre, ist die Partei berufen, die Theorie und Strategie der gesellschaftlichen Entwicklung, die Innen- und Außenpolitik zu erarbeiten, die Ideologie der sozialistischen Erneuerung zu prägen, politische und organisatorische Arbeit in den Massen zu leisten, die Kader zu erziehen und zu lenken.

Eben so handelte die Partei zu Lebzeiten Lenins. Doch nach seinem Tod begann die Abkehr von den Leninschen Grundsätzen, mit der für die Partei zur Tradition gewordenen Diskussionsfreiheit wurde aufgeräumt, die Kollegialprinzipien und die innerparteiliche Demokratie wurden größtenteils verletzt. Diese vererbliche Praxis wurde auch in den Jahren der Stagnation so oder anders aufrechterhalten. Das Fehlen der Einschränkungen bei der Besetzung der Wahlämter führte zur Verletzung des natürlichen Prozesses der Kadererneuerung, ein Teil der leitenden Kader begann ihre Posten als auf Lebenszeit gegebene zu betrachten und sich für unfähig zu halten, mißbrauchte die Macht und verhielt sich geringschätzig zu den einfachen Parteimitgliedern und zu den Werktätigen.

(Fortsetzung S. 2)

Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionsparteiikonferenz

(Fortsetzung)

Die entstandene Situation hat sich auf die Tätigkeit des ZK der KPdSU, der Regierung, der Parteiorganisationen an der Basis sowie auf die Aktivität der Kommunisten folgenswer auswirken. Die Parteifunktionen begannen in immer größerem Ausmaß die unmittelbare Lösung der laufenden Aufgaben der wirtschaftlichen und administrativen Leitung auf sich zu nehmen und die Sowjets sowie andere Staatsorgane zu ersetzen. Das hat sich negativ auf die Ausübung der Hauptfunktionen durch die Partei ausgewirkt und zur Abschwächung ihres politischen und ideologischen Einflusses sowie zur Verschärfung vieler Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung geführt.

Die Partei hat es vermocht, die entstandene Lage mutig und selbstkritisch einzuschätzen. Nachdem sie die Umgestaltung eingeleitet hat, gestaltet sie Schritt für Schritt auch sich selbst um und erneuert das innerparteiliche Leben. Es ist eine unaufschlebbare Aufgabe, solche politischen Mechanismen und Garantien zu schaffen, die die Möglichkeit der Verletzung der Leninschen Prinzipien der Parteiloyalität der Gesellschaft in der Zukunft ausschließen würden.

Unter Berücksichtigung der auf Parteiversammlungen in Arbeitskollektiven und in der Presse geäußerten Meinungen erachtet das ZK der KPdSU es als zweckmäßig, auf der Konferenz folgende Vorschläge zu erörtern.

In vollem Maße die Leninsche Auffassung des Prinzips des demokratischen Zentralismus wiederherzustellen, demgemäß die Diskussionsfreiheit im Stadium der Erörterung der Fragen und die Aktionseinheit nach der Annahme des Beschlusses durch die Mehrheit gesichert werden sollen.

Die Beziehungen der Partei mit dem Staat sind auf den Leninschen Prinzipien der exakten Abgrenzung ihrer Funktionen aufzubauen. Alle Parteiorganisationen müssen verpflichtet werden, im Rahmen der Verfassung der UdSSR und der sowjetischen Gesetzgebung zu handeln. Die Verabschiedung von Beschlüssen der Parteikomitees, die direkte Anweisungen für Staats- und Wirtschaftsorgane sowie für gesellschaftliche Organisationen enthalten, muß ausgeschlossen sein. Ihren politischen Kurs verwirklicht die Partei durch Kommunisten, die in den Organen der Staatsmacht und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tätig sind.

Es gilt, ausgehend von den Aufgaben der KPdSU als der politischen Avantgarde und von den tiefgehenden, sich in der Gesellschaft vollziehenden Veränderungen, die Tätigkeit der Parteigrundorganisationen wesentlich umzugestalten. Ein politischer Kern eines jeden Kollektivs bleibend, dürfen sie die Arbeitskollektive und ihre Organe nicht bei der Ausübung der Funktionen ersetzen, die in den Gesetzen über den staatlichen Betrieb, über das Genossenschaftswesen und in anderen Gesetzgebungsakten vorgesehen sind. Vor allem durch Kommunisten wirkend und mit Menschen arbeitend, müssen die Parteiorganisationen es erreichen, daß jedes Kollektiv die ihm aufgetragenen Funktionen erfüllt und seine demokratischen Rechte in vollem Maße realisiert.

Von diesem Standpunkt aus muß auch die Rolle der Parteiversammlungen der Parteikomitees, jedes Kommunisten bei der Umsetzung der Parteibeschlüsse ins Leben überdacht werden. Man muß in vollem Maße die Atmosphäre der Offenheit, der Diskussionen, der Kritik und Selbstkritik, der parteilichen Kameradschaft und Disziplin, des Kollektivismus und der persönlichen Verantwortung wiederbeleben. Gerade in dieser Richtung vollziehen sich jetzt die Prozesse im Leben der Parteiorganisationen. Und sie müssen größtmöglich unterstützt und weiterentwickelt werden.

In der Partei und der Gesellschaft werden weitgehend die Fragen der qualitativen Zusammensetzung der Parteireihen und der Erfüllung ihrer Avantgarderolle durch die Kommunisten behandelt. In diesem Zusammenhang wird die Meinung geäußert, daß die Praxis der Regelung des Wachstums der Parteireihen in Form einer „Disposition“ den realen Bedürfnissen der Entwicklung der Partei selbst und der gesamten Gesellschaft zuwiderläuft.

Nach allgemeiner Meinung müssen die Anforderungen an die in die Partei Eintretenden entschieden erhöht werden, damit ihre Reihen durch wahrhaft würdige Menschen mit hohen politischen, moralischen und sachlichen Qualitäten, durch überzeugte Kämpfer für die Programmtiele der Partei aufgefüllt werden. Bei der Aufnahme in die Partei muß auch die Meinung des Arbeitskollektivs berücksichtigt werden.

Auf der Konferenz ist die Frage der Zweckmäßigkeit der Durchführung einer gesellschaftlich-politischen Attestierung der Kommunisten als eines effektiven Mittels der Selbstreinigung und der Festigung der Partei in der bis zum förmlichen Parteitag der KPdSU verbleibenden Zeit zu erwägen. Die Erörterung der Arbeit der Kommunisten auf offenen Parteiversammlungen wird der Steigerung ihrer Aktivität, ihres persönlichen Beitrags zum gesellschaftlichen Leben ihrer Kollektive und zur Sache der Umgestaltung dienen.

Im Sinne der nach dem Januarplenum des ZK der KPdSU von 1987 gesammelten Erfahrungen gilt es, die Ordnung der Bildung der Wahlorgane der Partei zu ändern. Echter Wettstreit, breite Erörterung der Kandidaturen und geheime Abstimmung müssen zur Norm gemacht werden.

Als maßgebend müssen dabei die ideologischen, moralischen und fachlichen Qualitäten des Mitarbeiters, sein politisches Ansehen und seine aktive Haltung im Kampf um die Umgestaltung und nicht die Funktion, die er innehat, gelten. Die Kommunisten haben das Recht, zu den Wahlen mehr Kandidaten in alle Parteikomitees aufzustellen, als es Mandate gibt.

Eine derartige Ordnung der Aufstellung, Diskutierung und Wahl der Mitglieder von Parteikomitees und Sekretären ließe sich auch auf den Prozeß der Gestaltung der Parteifunktionen ausdehnen — von den Rayon- und Stadtpartei-komitees bis zu den ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken und dem ZK der KPdSU.

Für alle Parteikomitees, angefangen von Rayon- und Stadtpartei-komitees, ist eine einheitliche Amtsperiode von 5 Jahren festzulegen. Dabei ist die Besetzung von Wahlfunktionen in der KPdSU mit zwei Wahlperioden nacheinander zu begrenzen. Die Wahl für die nachfolgende dritte Periode kann nur auf Initiative von Kommunisten erfolgen und bedarf einer Vorentscheidung über die Zulassung zur Wahl. Eine solche Entscheidung wird mit nicht weniger als

drei Vierteln der Stimmen der Mitglieder des Parteikomitees durch Geheimabstimmung getroffen.

Eine besondere Verantwortung bei der Beauftragung der Partei als einer politischen Avantgarde wird dem Zentralkomitee der KPdSU auferlegt. Es muß alleseitig das Kollegialprinzip in seiner Arbeit entwickeln und festigen, damit die mit der Realisierung des politischen Kurses der Partei zusammenhängenden Grundfragen mit Beteiligung aller ZK-Mitglieder und unter weitgehender Erörterung entschieden werden. Auf der Konferenz müssen die eventuellen Vorschläge neuer Formen der Kollegialarbeit der ZK-Mitglieder in der Periode zwischen Plenartagungen geprüft werden. Dies alles muß letzten Endes die Steigerung der Rolle des Zentralkomitees der Partei bezwecken.

Zur Gewährleistung eines ständigen Zustroms frischer Kräfte ist die Möglichkeit einer teilweisen Erneuerung der Zusammensetzung des ZK in der Periode zwischen den Parteitagen vorzusehen. Die diesbezüglichen Beschlüsse müssen dabei durch die qualifizierte Mehrheit bei geheimer Abstimmung gefaßt werden.

Unter Berücksichtigung der Steigerung der Rolle der Partei als politische Avantgarde, der Einteilung der Funktionen der Parteikomitees sowie der Staats- und Wirtschaftsorgane gilt es, die nötigen Änderungen in der Struktur und Zusammensetzung des Parteiapparats vorzunehmen. Man muß das Prinzip der strikten Ordnung und Rechenschaftspflicht des Apparats der Wahlorgane der Partei durchsetzen, entschieden gegen Bürokratismus und kommunistische Oberheblichkeit, gegen ungerechtfertigtes Geheimhalten des Partellebens ankämpfen.

Unter den Verhältnissen der Demokratisierung bedarf die Kaderpolitik der Partei einer ernsthaften Erneuerung. Das formelle Nomenklaturverfahren der Auswahl und des Einsatzes der Kader überlebt sich. Zur Hauptmethode der Arbeit der Parteikomitees müssen die Organisationen der Aus- und Weiterbildung der Kader, ihre Erziehung und Empfehlung für leitende Funktionen werden, dabei sowohl der Kommunisten als auch der Parteilosen. Die endgültige Lösung der Kaderfragen soll anhand der Wahlergebnisse erfolgen.

Es ist zweckmäßig, auf der Konferenz die Frage der Vervollkommnung der Kontroll- und Revisionsarbeit in der Partei zu erörtern. Gegenwärtig wirken die Zentrale Revisionskommission der KPdSU und das Komitee für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU. Es wird der Vorschlag gemacht, künftig nur ein vom Parteitag gewähltes Organ zu haben, das die Einhaltung der Forderungen der Parteidisziplin, des Statuts der KPdSU durch die Kommunisten sowie die Finanz- und Wirtschaftstätigkeit der Parteigruppen kontrollieren würde.

Ziel und Zweck all dieser Vorschläge müssen die konsequente Einhaltung der demokratischen Prinzipien des innerparteilichen Lebens, die Steigerung des Kampfgelstes der Partei und ihres Vermögens werden, die Prozesse der revolutionären Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft anzuleiten und tonangebend in der Umgestaltung zu sein.

6. Die Haupttrichtung der Demokratisierung unserer Gesellschaft und unseres Staates ist die vollständige Wiederherstellung der Rolle und der Vollmachten der Sowjets der Volksdeputierten als mit allen Machtbefugnissen ausgestatteter Organe der Volksvertretung.

W. I. Lenin hat in den durch die Erfahrungen der Revolution in Rußland geborenen Sowjets eine politische Form entdeckt, die dem Wesen des Sozialismus entspricht. Als repräsentative Machtorgane und zugleich als Massenorganisationen der Bevölkerung vereinen die Sowjets in sich organisch die Grundzüge des Staatswesens und der Selbstverwaltung. Über ein kolossales demokratisches Potential verfügen, haben sie ihre Lebensfähigkeit demonstriert und die Richtigkeit der Entdeckung Lenins bewiesen.

Gleichzeitig sehen wir schwerwiegende Mängel in der Tätigkeit der Sowjets, das Nichtbefriedigtsein der Werktätigen mit ihrer Arbeit. Infolge der allgemein bekannten Deformationen wurden die Rechte und Vollmachten dieser Vertretungsorgane eingeschränkt, ihre ungerechtfertigte Bevormundung durch die Parteikomitees besteht weiter. Die Ministerien und andere zentrale Staatsorgane entscheiden Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unter Umgehung der Sowjets. Die Exekutivkomitees und ihr Apparat usurpieren die Funktionen der Sowjets und überlassen den Deputierten nur die Sanktionierung der im voraus entschiedenen Fragen. Eine solche Lage muß man von Grund auf ändern, den Sowjets die realen Machtbefugnisse zurückerrichten und sie ausnahmslos alle Fragen des staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und Kulturlebens erörtern und entscheiden lassen.

Die materiellen und Finanzmöglichkeiten der örtlichen Sowjets muß man wesentlich erweitern. Es gilt auch die Bildung der Einnahmen der örtlichen Haushalte auf Grundlage langfristiger Normative zu gewährleisten; gemeint ist dabei die Vergrößerung der Eingänge in die Haushalte — vor allem der Sowjets der niederen Ebene — aus den Betrieben und Wirtschaftseinheiten, die im entsprechenden Territorium gelegen sind.

Festzulegen ist eine volle Verantwortung und Selbständigkeit der örtlichen Machtorgane bei der Entwicklung von Territorien unter weitgehender Anwendung solcher Methoden der Beziehungen zu Betrieben und Einrichtungen unabhängig von ihrer Unterstellung, die auf wirtschaftlicher Rechnungslegung und auf Vertragsgrundlage basieren. Es gilt die Einmischung der übergeordneten Macht- und Verwaltungsorgane in die Lösung der zum Kompetenzbereich der untergeordneten örtlichen Sowjets gehörenden Fragen sowie zahlreiche unnötige Vereinbarungen beharrlich abzuschaffen.

Besondere Bedeutung gewinnt die richtige Gestaltung der Beziehungen der örtlichen Sowjets mit den Räten der Arbeitskollektive. Dabei muß man davon ausgehen, daß der Sowjet der Volksdeputierten als Koordinator bei der Aufstellung der Erfüllung der Pläne der sozialen Entwicklung der Betriebe, Kolchose, Sowchase, der Vertiefung der demokratischen Grundlagen bei der Produktionsleitung und als Beschützer der Interessen der Bevölkerung vor dem übermäßigen „amtlichen Eifer“, wie W. I. Lenin es nannte, auftritt.

Die Veränderung der Funktionen der Sowjets und die Notwendigkeit einer sorgfältigeren und sachkundigeren Erörterung von Fragen wird eine Verlängerung ihrer Tagungen erfordern. Es ist vorzusehen, daß ein Teil der Deputierten für die Arbeit in den Sowjets, ständigen Kommissionen und Wahlkreisen für die ganze

Wahlperiode oder zeitweilig von ihren Amts- und Produktionspflichten befreit werden muß.

Die Publizität und Offenheit der Tätigkeit der Sowjets sind größtmöglich zu erweitern. Ihre Tagungen müssen dem freien Besuch durch Bürger und Vertreter der Massenmedien zugänglich sein, und die Wähler, die Bevölkerung, müssen systematisch über die Arbeitsergebnisse informiert werden.

Es ist eine tatsächliche höhere Macht der Sowjets über die Exekutivorgane herzustellen. Es ist festzulegen, daß die Mitarbeiter der dem Sowjet unterstellten Leitungsorgane nicht zugleich seine Deputierten sein dürfen. Diese Regel ist auf Personen zu verbreiten, die zum Ministerrat der Republik gehören, mit seltenen Ausnahmen auch auf die Mitglieder der Unionsregierung sowie auf Richter, Staatsarbeiter und -anwältinnen. Die Ernennung der Amtspersonen der Verwaltungsorgane muß von den Sowjets in der Regel nach entsprechenden Gutachten der ständigen Kommissionen vorgenommen werden.

In den örtlichen Sowjets (mit Ausnahme von Dorf- und Siedlungssowjets) ist die Schaffung von Präsidenten der Sowjets vorzusehen, die die Sorge um die Organisation der Deputiertentätigkeit, die Koordinierung der Arbeit der ständigen Kommissionen und Deputierengruppen und in der Zeit zwischen den Tagungen die Kontrolle der Arbeit der Exekutivkomitees übernehmen würden. Dabei ist es zweckmäßig, die Funktionen der Exekutivkomitees auf die Wirtschafts- und Leitungs- bzw. Vollzugstätigkeit zu konzentrieren.

Um bessere Kontinuität und besseren Effekt in der Arbeit der Deputierten zu gewährleisten, ist eine einheitliche Amtsperiode aller Sowjets der Volksdeputierten unseres Landes festzulegen, nämlich fünf Jahre.

Die Übergabe der gesamten Machtfülle von unten nach oben an die Sowjets setzt auch eine kardinale Erhöhung der Rolle des höchsten Machtorgans unseres Landes voraus. In seiner Struktur und Tätigkeit müssen vollständig die gesammelten Erfahrungen des Bestehens des sowjetischen politischen Systems, einschließlich der unter W. I. Lenin aufgefundenen Praxis der Arbeit der Sowjetkongresse und des Zentral-exekutivkomitees der UdSSR, berücksichtigt werden. Da sind verschiedene Varianten und Vorschläge möglich. Ein Teil davon wurde bereits im Laufe der jetzigen Diskussion geäußert, und zwar: über die Verlängerung der Arbeit der Tagungen des höchsten Machtorgans; über eine genaue Einteilung der Vollmachten und die Überwindung der funktionalen Gleichstellung der Kammern; über die Wahl eines Teils der Deputierten unmittelbar von Massenorganisationen, die zum politischen System unserer Gesellschaft gehören usw.

Zu einer ersten Garantie gegen die Verletzung der Leninschen Prinzipien des Staatslebens muß die Einführung einer Regel werden, daß niemand die staatlichen Wahlfunktionen länger als zwei Wahlperioden, d. h. zehn Jahre, ausüben darf. Die Wahl für die nachfolgende dritte Periode kann auf Initiative der Deputierten erfolgen und bedarf einer Vorentscheidung über die Zulassung zu den Wahlen. Eine solche Entscheidung wird von mindestens drei Vierteln der Stimmen der Deputierten der Sowjets durch Geheimabstimmung getroffen.

Die Vorschrift der Verfassung der UdSSR darüber, daß derselbe Bürger gleichzeitig nicht Deputierter von mehr als zwei Sowjets sein kann, muß strikt befolgt werden.

Angesichts der Notwendigkeit, die Rolle der Sowjets entschieden zu erhöhen, muß die Reform des Wahlsystems verwirklicht werden. Sie verfolgt das Ziel, eine freie Nominierung der Deputiertenkandidaten, ihre umfassende und allseitige Beurteilung auf Versammlungen der Werktätigen und von den Massenmedien zu gewährleisten.

Die Wahlen müssen ein natürliches Ergebnis der Willenserklärung der Wähler sein, die prinzipienreue, sachkundige und energische Menschen bevorzugen, welche imstande sind, die Werktätigen in den Organen der Sowjetmacht würdig zu vertreten und das ganze Spektrum ihrer sozialen, nationalen und beruflichen Interessen zum Ausdruck zu bringen.

Unter den neuen Bedingungen wächst die Rolle der Sowjetischen Regierung als höchstes Vollzugs- und Verfügungsorgan der Staatsmacht bei der Verwirklichung der Innen- und Außenpolitik, der Leitung des Landes, bei der Erarbeitung und Realisierung der Pläne und Perspektivprogramme der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung.

Auf der Konferenz muß der Umgestaltung des Systems der staatlichen Leitung unter der Berücksichtigung der Demokratisierung der Gesellschaft und der radikalen Wirtschaftsreformen die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zum Hauptinhalt der Tätigkeit der Staatsorgane muß die Schaffung der ökonomischen und organisatorisch-rechtlichen Bedingungen für eine effektive Arbeit aller Organisationen und Einrichtungen werden. Es ist notwendig, die Struktur des Apparates und seine zahlenmäßige Aufgliederung in Übereinstimmung mit diesen Funktionen zu bringen und überflüssige Bereiche zu liquidieren. Die Tätigkeit der Leitungsorgane muß durch die Sowjets, die Volkskontrolle und die Öffentlichkeit streng kontrolliert werden, um Kommando- und Druckmethoden sowie Bürokratismus auszumerzen. Dem soll die weitreichende Publizität und die Offenheit der Arbeit des Leitungsapparates dienen.

Unter den Bedingungen der Umgestaltung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft müssen die Ideen Lenins von der Organisation der Kontrolle vollständig verwirklicht werden, sie müssen einen wirksamen Charakter haben und zur Waffe der direkten und unmittelbaren Teilnahme der Arbeiter, Bauern und Vertreter der Intelligenz und aller Schichten unserer Gesellschaft an der Lösung von staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten werden.

In Verbindung damit scheint es sinnvoll, ein einheitliches, den wählbaren Machtorganen unterstelltes System der gesellschaftlich-staatlichen Kontrolle zu organisieren. Eine solche Organisation könnte mit Hilfe ihrer Gruppen in den Kollektiven und Territorialeinheiten einen großen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben leisten, die jetzt vor unserem Volk stehen.

7. Im Rahmen der Umgestaltung des politischen Systems müssen notwendig gewordene Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der sowjetischen Föderation geprüft und beschlossen werden. Die hervorragenden Resultate der Verwirklichung der Leninschen Nationalitätenpolitik in den 70 Jahren nach der Oktoberrevolution sind allgemein bekannt. Es wurde eine gewaltige, historisch bedeutsame Arbeit zur Überwin-

dung von Zwistigkeiten zwischen den Nationalitäten, zur Durchsetzung der Rechte der Nationalitäten auf Selbstbestimmung, zur Wiedergeburt und Entwicklung der nationalen Kulturen, zur Beschleunigung des Fortschritts in den bis dahin rückständigen nationalen Randgebieten geleistet. Es entstand ein einheitlicher volkswirtschaftlicher Komplex — das materielle Fundament der Einheit der Sowjetvölker —, dessen Arbeit gute Früchte bringt.

Gleichzeitig beweist die Praxis, daß eine ständige Aufmerksamkeitsleistung gegenüber den Fragen der zwischenmenschlichen Beziehungen, der Entwicklung jeder Nationalität und Völkerschaft erforderlich ist. Grundlage für die Lösung dieser Fragen ist der politische Kurs, der die Befriedigung der Interessen aller Nationalitäten mit ihrer Annäherung und gegenseitiger Hilfe verknüpft, die internationalistische Ideologie, die mit Nationalismus und Chauvinismus unvereinbar ist.

Gegenwärtig hat sich das ökonomische, Kultur- und Kaderpotential aller Sowjetrepubliken und Autonomen unermesslich vergrößert, es vollzieht sich das gesetzmäßige Wachstum des Nationalbewußtseins. Der Schlüssel zur weiteren Entwicklung der Nationalitäten, zur Festigung der Freundschaft zwischen ihnen und zur Geschlossenheit der Sowjetgesellschaft liegt in der organischen Vereinigung der Selbständigkeit der Unions- und autonomen Republiken, der anderen nationalen Formationen mit deren Verantwortungsbeußtsein für die gesamtstaatlichen Interessen. Darin besteht unsere Kraft und das Unterpfand für das Gedeihen sowohl des ganzen Landes als auch jeder einzelnen Nationalität und Völkerschaft.

Die Dezentralisierung und die maximale Übergabe vieler Leitungsfunktionen an die lokalen Instanzen betrifft in vollem Umfang alle Formen unserer nationalen Staatlichkeit und der Autonomie. Hierfür ist die flexible Erfüllung der Bestimmungen der Verfassung der UdSSR und der sowjetischen Gesetze, die die Rechte der Unions- und autonomen Republiken, der Gebiete und Regionen garantieren, notwendig.

In praktischer Hinsicht besteht die Notwendigkeit, diejenigen Institutionen des politischen Systems zu aktivieren, durch die nationalen Interessen ermittelt und abgestimmt werden müssen.

Man muß Sorge dafür tragen, daß die Nationalitäten und Völkerschaften keine eigenen staatlichen oder territorialen Gebilde haben, über breite Möglichkeiten zum Ausdruck und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verfügen.

Das ZK der KPdSU ist der Meinung, daß die Probleme, die in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten entstehen, auf wahrhaft demokratischer Grundlage im Zuge der Umgestaltung gelöst werden müssen. Die Kommunisten aller Nationalitäten waren schon immer die starke und vereine Kraft, der Geist der großen sozialistischen Union der Völker unseres Landes. Diese große und verantwortungsvolle Mission müssen sie auch weiterhin erfüllen.

8. Der Prozeß der konsequenten Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft muß die Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaates als Form der Organisation und der Funktionierung der politischen Macht vollenden, die voll und ganz dem Sozialismus und der sozialistischen Demokratie entspricht. Sein Grundzug sind die Vorrangstellung und der Triumph des Gesetzes, das den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die Staats- und die Parteifunktionen, die gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitskollektive sowie alle Amtspersonen und Bürger müssen auf rechtlicher Grundlage wirken.

Mit der Ergänzung der Charakteristik unseres Volksstaates durch den Begriff „rechtlich“ gilt es ein weiteres Mal hervorzuheben, daß sowohl die Bürger gegenüber dem Staat, als auch der Staat gegenüber den Bürgern die Verantwortung tragen. Der Staat ist verpflichtet, sich ausgesetzt um die Festigung der Garantien für die Rechte und Freiheiten der sowjetischen Menschen zu kümmern. Das gilt für die weitere Entwicklung und die Bereicherung der sozialen Rechte (auf Arbeit, Erholung, Bildung, Gesundheitsschutz, Sozialversorgung usw.), deren weiterer Verkünder die Sowjetunion war. Das trifft auch auf die Schaffung materieller und rechtlicher Voraussetzungen zur Realisierung der verfassungsmäßigen Freiheiten (zu Rede-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations-, Gewissensfreiheit u. a.). Das betrifft auch die Festigung der Garantien für die persönlichen Rechte des Bürgers (Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, Brief- und Telefongehheimnis usw.).

Es gilt, weiterhin nach all diesen Richtungen vorwärtszubewegen und dabei die Potenzen freizulegen, die dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft innewohnen, sowie entschlossen die Entstellungen und Deformationen ausmerzen, die infolge der sozialistischen Ordnung fremden autoritären Leitungsmethoden und des Abbrückens von den Leninschen Prinzipien des staatlichen Lebens entstanden sind.

Dazu gilt es eine bedeutende Rechtsreform zur radikalen Bessergestaltung der Arbeit aller Organe zu verwirklichen, denen es obliegt, die Gesetzlichkeit zu festigen, die demokratischen Prinzipien des staatlichen Lebens, die Rechte und die Freiheiten der Bürger zu verteidigen.

Zu den erstrangigen Maßnahmen der Rechtsreform gehören: Die radikale Hebung der Rolle der Justiz sowie die strikte Befolgung der demokratischen Prinzipien des Gerichtsverfahrens, des Wettstreits der Gleichheit der Seiten, der Offenheit und der Präsumtion der Unschuld. Beachtenswert sind die Vorschläge, die Anzahl der Volksbeisitzer während der Verhandlungen in überaus wichtigen Fällen zu vergrößern.

Die Arbeit der Staatsanwaltschaft muß in neue Bahnen gelenkt werden. Letztere soll entsprechend der Leninschen Auffassung eine wirksame Aufsicht über die einheitliche Anwendung der Gesetze gewährleisten, unbeirrt die Rechte und Interessen des sowjetischen Bürgers behüten sowie die Wahrung der staatlichen und öffentlichen Disziplin absichern. Es ist zu erreichen, daß die Richter, die Staatsanwälte und Untersuchungsführer gegen jeglichen Druck und beliebige Einmischung in ihre Tätigkeit verwarnt werden. Sie sind dem Gesetz und nur dem Gesetz unterworfen.

Die Gesetzlichkeit soll mit Hilfe der entscheidenden Erhöhung der Verantwortlichkeit der Mitarbeiter für den Kampf gegen Kriminalität und Verletzung der öffentlichen Ordnung, der Erweiterung der Möglichkeiten der staatlichen Arbitrage und der verstärkten Aktivität der Rechtsanwaltschaft gefestigt werden. Einer wesentlichen Entwicklung bedürfen der Rechtsdienst in der Volkswirtschaft, die Organisation der allgemeinen Vermittlung juristischer Grundkenntnisse und die juristische Erziehung der Bevölkerung.

Es liegt noch viel Arbeit zur Vervollkommnung und Kodifizierung der sowjetischen Gesetzgebung vor. Auf der einen Seite gilt es, die veralteten Gesetze und eine Vielzahl amtlicher Instruktionen aufzuheben, die zu den Forderungen der Reform des politischen und des Wirtschaftssystems in krassem Widerspruch stehen und ein Teil des Bremsmechanismus sind. Andererseits muß ein Komplex neuer Gesetze geschaffen werden, die den Anforderungen der Gesellschaft, den Interessen der Werktätigen, ihrer Organisationen und Kollektive gerecht werden. Bei der Erneuerung der Gesetzgebung sollte man sich strengstens an das Prinzip halten: Es ist alles erlaubt, was das Gesetz nicht verbietet.

9. Das politische System des Sozialismus kann nicht lebensvoll funktionieren ohne die Unterstützung durch die zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen, die die Interessen unterschiedlicher sozialer, beruflicher und Altersgruppen der Bevölkerung des Landes vertreten und realisieren.

Die Gewerkschaften, der Komsomol, die Kooperations- und andere gesellschaftliche Organisationen, wissenschaftliche Assoziationen und Berufsverbände der Kulturschaffenden sind berufen, sich energisch an allen Umgestaltungsprozessen zu beteiligen, sich in ihrer Arbeit umzustellen, dabei ihre Stellung und ihre Rolle neu zu überdenken sowie ihre Möglichkeiten unter den neuen Bedingungen stärker zur Entfaltung zu bringen.

Im Verlaufe der Umgestaltung sind neue Vereinigungen entstanden, so der Frauen und der Veteranen, der sowjetische Kultur- und der Kinderfonds, zahlreiche öffentliche Eigeninitiativorgane. Sie wurden ins Leben gerufen durch die patriotischen Gefühle der Werktätigen, durch ihr Bestreben, einen persönlichen Beitrag zur Sache der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft zu leisten, die Möglichkeiten der Heranführung an die Werte der einheimischen und der Weltkultur zu erweitern, die Verbesserung des Lebens unseres Volkes, den Schutz der Natur und der Geschichtsdenkmäler zu fördern.

Zugleich muß man feststellen, daß Formalismus und Bürokratismus in der Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen noch längst nicht ausgeräumt sind. Es werden auch Anstalten gemacht, deren Selbständigkeit zu drosseln und sie zu kommandieren. Zum Nachteil der Entwicklung der Eigeninitiativprinzipien läßt man es zur Verstaatlichung der gesellschaftlichen Organisationen kommen, wird weiterhin Kurs auf die Aufblähung der Beschäftigtenzahl genommen.

Die selbständige, schöpferische Teilnahme der Werktätigen selbst, die Entfaltung der Initiative und Selbstverwaltung — das ist der Hauptweg zur Vervollkommnung der Massenorganisationen. Neben der Entwicklung der Demokratie innerhalb der Massenorganisationen muß man sich die Maßnahmen zur Aktivierung ihrer Rolle im politischen Prozeß gründlich überlegen. Sie müssen reell das Recht der gesetzgebenden Initiative nutzen, Vertretung in den Machtorganen haben und ein Partner des Staates bei der Realisierung sozialer Programme, bei der Lösung der Probleme des Wohnungsbaus und des Gesundheitsschutzes, der Arbeit, der Sozialfürsorge, des Studiums, der Freizeitgestaltung, der baulichen Ausgestaltung und Begründung, des Handels- und Dienstleistungswesens usw. sein.

Es entsteht die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit die Rechtsgrundlage der Tätigkeit der Massenorganisationen, der freiwilligen Gesellschaften und der Eigeninitiativvereinigungen festzulegen. Es gibt dabei nur ein politisches Kriterium — Anerkennung verdient eine beliebige gesellschaftliche Tätigkeit, die im Rahmen der Verfassung betrieben wird und nicht den Interessen der Entwicklung der sozialistischen Sowjetgesellschaft zuwiderläuft.

10. Die Umgestaltung in der UdSSR wird zu einem Faktor von Weltbedeutung. Eine innere Kraft der positiven Beeinflussung der Welt besitzend, brauchte sie solch eine Außenpolitik, die ihr humanistisches Wesen adäquat zum Ausdruck gebracht, die Demokratisierung unserer internationalen Beziehungen und eines anderen Status bei der internationalen Arbeitstellung gefordert hätte.

Die kritische Analyse der Vergangenheit hat gezeigt, daß der Dogmatismus und das subjektivistische Vorgehen auch unsere Außenpolitik beeinträchtigt haben. Es wurde ihr Zurückbleiben hinter den fundamentalen Veränderungen in der Welt zugelassen, nicht in vollem Maße wurden die neuen Möglichkeiten zur Minderung der Spannung und zu größerer Verständigung zwischen den Völkern realisiert. Eine militärstrategische Parität anstreben, nutzte man in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten, um die Sicherheit des Staates mit politischen Mitteln zu gewährleisten; infolgedessen ließ man sich in das Wettrennen einbeziehen, was die sozialökonomische Entwicklung des Landes und seinen internationalen Status negativ beeinflusste.

Der Außenpolitik wurde ein neues, konsequent wissenschaftliches, von den historisch überlebten Schablonen freies Denken zugrunde gelegt. Es widerspiegelte die Realitäten der heutigen Welt — einer mannigfaltigen, widerspruchsvollen Welt mit einer globalen Bedrohung der Existenz des Menschengeschlechtes selbst und zugleich mit einem gewaltigen Potential der Koexistenz, der Zusammenarbeit und der politischen Lösung spruchreicher Probleme.

Das neue politische Denken hat es ermöglicht, eine Reihe hervorragender Ideen hervorzuheben, die sich der Bildungskraft der besorgten Welt bemächtigt. Die wichtigsten davon sind: Programm der schrittweisen Beseitigung der Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000, System der allumfassenden Sicherheit, Wahlfreiheit, Interessenbilanz, „gesamteuropäisches Heim“, Umgestaltung der Beziehungen im asiatisch-pazifischen Raum, Verteidigungssuffizienz und Nichtangriffsdoktrin, internationale ökonomische Sicherheit, Festigung der nationalen und regionalen Sicherheit durch Senkung des Niveaus der Aufrüstungen, Bereitschaft zur gegenseitigen Aufhebung der Präsenz ausländischer Truppen und Stützpunkte in fremden Territorien, Vertrauensmaßnahmen, Idee der Einbeziehung des Ansehens der Wissenschaft in die Weltpolitik.

Das ist unser außenpolitisches Kredo. Wir haben es verkündet, ohne jemandem Bedingungen oder Dogmen aufzuzwingen, sondern haben alle zu gemeinsamen Erwägungen und zu gemeinsamer Suche, unter Berücksichtigung der nationalen und allgemeinschlichen Interessen aufgefordert.

(Schluß S. 3)

Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zur XIX. Unionspartei-Konferenz

(Schluß)

Wir schlagen weitreichende Lösungen auf dem Gebiet der Abrüstung vor und zeigen unsere Bereitschaft zu weitgehenden Kompromissen. Das machte so große Fortschritte in der Weltpolitik wie Genf und besonders Reykjavik möglich, die den Verhandlungsprozeß reell in Gang brachten und die gesamte internationale Situation wesentlich beeinflussten.

Der ganze Stil unserer außenpolitischen Tätigkeit hat sich von Grund auf geändert. Zum kennzeichnenden Merkmal dieses Stils ist der Dialog geworden. Die niedergewesene Fülle von Kontakten auf der Ebene der sowjetischen Führung mit der Außenwelt — von den Staatschefs bis zu einfachen Bürgern — bedeutete im Grunde genommen eine „neue Entdeckung“ der Sowjetunion. Und für uns — eine Rückverbindung, die Möglichkeit, die Welt besser kennenzulernen und dementsprechend unsere Politik aufzubauen sowie zur Gestaltung zivilisierter internationaler Beziehungen beizutragen.

In der vorrangigen Richtung — in den Beziehungen mit den sozialistischen Ländern — gehen wir mit unseren Freunden kameradschaftlich an die Beseitigung der Ablagerungen von Formalismus und Paraderummel heran; wir verknüpfen tatsächlich die Prinzipien der Gleichberechtigung, Selbständigkeit und Nicht-Einmischung mit der objektiven Realität — mit der Vielfalt der nationalen Formen der sozialistischen Gesellschaft. Unsere internationa-

listischen Beziehungen werden auf der Grundlage gegenseitiger Vorzüge, der Interessenbilanz und der gemeinsamen Verantwortung für die Geschichte und das Ansehen des Sozialismus, für das Ansteigen seiner Rolle in der Weltentwicklung.

In den Jahren der Umgestaltung wurden die Beziehungen mit einer großen Zahl von Staaten — benachbarten und weitentfernten — verbessert oder erstmalig angeknüpft und dabei mit niemand verdorben.

Anders wurden gegenseitige Beziehungen mit den so einflußreichen Kräften organisiert, die den Weltprozeß prägen, wie die kommunistischen, sozialdemokratischen und andere politische Parteien, die Bewegung der Nichtpakgebundenen und die intellektuellen Kreise, die das Ansehen von Wissenschaft und Kultur symbolisieren.

Die Ereignisse haben gezeigt, daß das neue politische Denken die spruchreif gewordenen Bedürfnisse und Imperative der heutigen Welt richtig wiederspiegelt hat. Es hat die Hoffnung wachgerufen, den Weg zur qualitativen Wendung im Bewußtsein der Menschheit eröffnet und steigert das reale Gewicht der weltweiten öffentlichen Meinung.

Die Einbeziehung des neuen Denkens in die internationale Politik war durch kolossale praktische Ergebnisse gekennzeichnet — es wurde der Vertrag über Raketen, mittlerer und kleinerer Reichweite abgeschlossen, es begann der Abzug der Truppen aus Afghanistan auf der Grundlage der Genfer Abkommen.

Eine gewisse Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, zu deren Inbegriff die Gipfeltreffen geworden sind, berechtigt, mit einem prinzipiellen Umschwung zur Abwendung der thermonuklearen Gefahr, zu rechnen. Der von uns aktiv stimulierte vielseitige Verhandlungsprozeß bringt das Verbot chemischer Waffen näher, bietet die Möglichkeit einer Abschwächung der gefährlichsten Konfrontation zwischen den zwei mächtigsten Militärbündnissen — der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrags.

Wir tragen Rechnung der militärischen Gefahr, die dem Imperialismus innewohnt. Das bestimmt den sowjetischen militärischen Verteidigungsaufbau, dessen Effektivität von nun an durch die vorwiegend qualitativen Parameter bezüglich der Technik wie auch des Personalbestands gewährleistet werden muß. Die Einwirkung der Realitäten der heutigen Welt und die eventuellen Modifizierungen einer Reihe objektiver Faktoren, die Kriege verursachen, lassen denken, daß die Gewährleistung der Sicherheit von Staaten aus der Sphäre des Verhältnisses militärischer Potentiale immer mehr in die Sphäre der Politik, der Priorität des Rechtes und der gesamt menschlichen Moral bei der Erfüllung internationaler Verpflichtungen versetzt werden wird.

Die radikale Wirtschaftsreform und neue Einstellung zu den Außenwirtschaftsbeziehungen zeitigten die ersten Resultate der effektiveren Einbeziehung unseres Landes in die Weltwirtschaft.

Gemäß den Ergebnissen der drei Jahre der Umgestaltung kann jetzt die Hauptfrage, die unser Volk und alle Völker der Welt am meisten bewegt — ob es gelungen ist, die Kriegsgefahr zurückzudrängen, — beantwortet werden: Ja, selbstverständlich. Die direkte Kriegsgefahr unter Teilnahme von Großmächten hat sich verringert. Das internationale Ansehen der Sowjetunion ist zusehends gewachsen, und zwar nicht durch Vergrößerung der militärischen Stärke, sondern durch das größere Vertrauen gegenüber unserem Lande. Die Situation in der Welt hat größere Stabilität und Voraussagbarkeit gewonnen. Die Zügelung des Wettrennens mit allen sich daraus ergebenden Folgen, einschließlich der Verringerung der Last der Militärausgaben ist zu einer realeren Perspektive geworden.

Es bietet sich die Möglichkeit, auf einer breiteren als früher sozialen und politischen Grundlage sich der Friedensgefahr zu widersetzen und durch die gemeinsamen Bemühungen der Weltgemeinschaft Voraussetzungen für die Lösung globaler Probleme der Menschheit zu schaffen. Die KPdSU wird im Namen dieser Ziele aktiv und beharrlich handeln.

Der Weg zu einem qualitativ neuen Stand der sowjetischen Gesellschaft, zu einem neuen Antlitz des Sozialismus führt über die revolutionäre Umgestaltung, über die Demokratisierung des

Lebens im ideologisch-politischen, ökonomischen und sozialen Bereich, über die Umformung des politischen Systems.

Man muß in all ihrem tiefsten Sinn die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus wiedererstehen lassen, in dem der Mensch tatsächlich und nicht in Worten zum Hauptfaktor der materiellen und geistigen Entwicklung, zu seinem eigentlichen Zweck wird.

Die Partei wird ihre Politik mit exakter Orientierung auf die humanen Prinzipien und Ziele des Sozialismus gestalten und diese Politik mit humanen, demokratischen Mitteln verwirklichen.

Selbstverständlich werden die lebendige Wirklichkeit und die Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung viel Neues in die heutigen Vorstellungen von den Wegen der sozialistischen Umwandlungen hineinbringen, sie präzisieren und bereichern helfen. In einer Reihe von Fragen wird es notwendig sein, Änderungen in der Verfassung der UdSSR und der Gesetzgebung vorzunehmen sowie mehrere Beschlüsse auf Parteitagsniveau zu fassen.

Mit der Unterbreitung der dargelegten Erwägungen zur Erörterung rechnet das ZK der KPdSU mit der aktiven Teilnahme der Kommunisten und aller Werktätigen an dieser Diskussion. Das wird es der XIX. Unionspartei-Konferenz ermöglichen, wohlüberdachte Beschlüsse anzunehmen, deren Realisierung das entscheidende Vorankommen beschleunigen und die revolutionäre Umgestaltung unumkehrbar machen wird.

Neunte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode Im Interesse des Volkes, auf dem Wege der Umgestaltung

Das Gesetz über die Kooperation in der UdSSR, dessen Entwurf auf der Tagung des Obersten Sowjets erörtert wurde, hat die Aufgabe, die gewaltigen Potenzen der Kooperation freizusetzen, und sie der sozialökonomischen Entwicklung des Landes dienlich zu machen. Die Tagung hat bestätigt, daß das Gesetz die Bedingungen für die Tätigkeit der Kooperative auf der Grundlage der Weiterentwicklung des Gedanken Lenins über die Kooperation in Bezug auf die gegenwärtige Etappe festlegt und zur weiteren Entwicklung des politischen und des Wirtschaftssystems in der UdSSR beiträgt.

Die Umgestaltung, die alle Seiten des Lebens unserer Gesellschaft berührt, fördert die Rolle der Staats- und Wirtschaftsorgane bei der Leitung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umwandlungen im Lande. Die Abgesandten des Volkes er-

örtern die Realisierung des Programms für den Wohnungs-, den Kultur- und Sozialbau aus realer und objektiver Sicht. Die vom höchsten Staatsmachtorgan im Vorfeld der XIX. Unionspartei-Konferenz angeregte Diskussion der Probleme der Versorgung der Werktätigen mit Wohnraum, der Schaffung von Voraussetzungen für die Hebung des Volkswohlstandes und der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit wird die im Lande vor sich gehende Umgestaltung einen neuen Impuls verleihen.

Auch die Vervollkommnung der Rechtsprinzipien des wirtschaftlichen und gesellschaftlich-politischen Lebens im Lande sowie die Festigung der Gesetzmäßigkeit auf der Grundlage des normalen Lebens der Gesellschaft, aller Bürger, sollen das humanistische Potential des Sozialismus stärker zur Entfaltung bringen helfen. Diese Fragen wurden ebenfalls von den Deputierten erörtert.

In unserem Lande werden viel Wohnhäuser gebaut, und Millionen sowjetischer Menschen in Stadt und Land ziehen jährlich in neue Wohnungen ein, stellte der Deputierte P. M. Norejka, Direktor des Litauischen Großkraftwerks „W. I. Lenin“ fest. Ein Hemmschuh ist aber die mangelhafte Belieferung mit Baustoffen. Dieses Problem sollte in alernächster Zeit beseitigt werden.

Die vom XXVII. Parteitag der KPdSU proklamierte Sozialpolitik ist uns sehr nah und verständlich, meinte der Deputierte P. M. Dawtjan, Baggerführerbrigadier im Kupfer- und Molybdänkombinat Sangesur der Armenischen SSR. Wir setzen große Hoffnungen auf die Umgestaltung.

Er informierte über die in Armenen eingeleiteten Maßnahmen zur rascheren Errichtung sozialer und kultureller Einrichtungen und betonte, daß die Erfüllung dieser Vorhaben vielfach von der Stärkung der Baubasis abhängen wird.

Auf die Schwierigkeiten bei der Entwicklung des sozialen Bereichs in der Republik ging der Deputierte I. P. Kalinin, Vorsitzender des Ministerrates der Moldauischen SSR, ein. Akut ist der Mangel an Wohnraum, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen. Die Führung und die Arbeitskollektive der Republik sind zu energischem Handeln bereit, betonte der Deputierte. Die Investitionen für den Sozialbau wurden zusehends vergrößert; eingeführt werden der Pacht- und der Familienlebensvertrag. Die Sowjets der Volksdeputierten nehmen immer umfassender ihre Rechte bei der Entwicklung des genossenschaftlichen Bauens und der Kreditierung durch die Banken wahr.

Nach dem Diskussionsbeitrag des Deputierten S. Usmanow, Leiter einer Komplexbrigade im Kombinat Ansoz zu urteilen, ist es um den Produktions- und den sozialen Bereich im Betrieb nicht schlecht bestellt. Hier nur eine bemerkenswerte Tatsache: Im Betrieb gibt es praktisch keine Warteliste der Wohnungsantragsteller.

Als Deputierten gehen mich aber alle Angelegenheiten im Wahlbezirk an, betonte der Arbeiter. Viele Probleme sind hier noch nicht gelöst. Obirgens hinkt die soziale Sphäre in ganz Tadshikistan nach. Indessen verfügt die Region über gewaltige Reserven. Hier zeigt sich ein Überschub an Arbeitskräften, ist Energieversorgung im Gange, gibt es große Vorräte an Bodenschätzen. Da sind alle Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der Bergbaubetriebe vorhanden.

Angesichts der sozialen Aktualität und Dringlichkeit des Wohnungsproblems, informierte der Deputierte W. J. Chodyrew, Vorsitzender des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets, wird eine Reihe von organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen getroffen.

Der Deputierte äußerte seine Besorgnis über den Zustand der materiell-technischen Basis. Dabei verwies er darauf, daß diese Maßnahmen allesamt nichts nützen werden, wenn die Basis nicht rasch entwickelt wird.

Um 10 Uhr begann im Sitzungssaal der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR die zweite Sitzung des Nationalitäten-sowjets.

Mit Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen: V. P. Nikonow, V. M. Tschebrikow, E. A. Schewardnadse, J. D. Maljukow, D. T. Jasow, A. P. Birjukowa und A. F. Dobrynin.

Der Deputierte W. A. Maslow, Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR stellte fest: Die Zuwendung zu den Belangen und Nöten des Menschen ist das Ziel und auch die erstrangige Voraussetzung für die Herbeiführung einer neuen Qualität unserer Gesellschaft.

Es sind, so meinte der Deputierte, weitere Schritte nötig, um die Rechte der Unionsrepubliken auszubauen und ihnen größere Selbständigkeit bei der Durchführung der regionalen Sozialpolitik zu gewähren. Das würde die Rolle der örtlichen Machtorgane bei der Leitung der sozialökonomischen Entwicklung der Territorien wirklich steigern helfen.

Der Deputierte W. I. Reschetilow, Minister für den Bau im Norden und im Westen der UdSSR, hob die überaus große Bedeutung der Bauvorhaben in den Dörfern der Nichtschwarzerdezone hervor. In einigen Gebieten dieser Region, sagte er, geht die Entwicklung der sozialen Sphäre vorläufig noch langsamer als in den übrigen Teilen der Russischen Föderation vor sich. Die Betriebe des Ministeriums stehen vor der Aufgabe, die Übergabe von sozialen und kulturellen Einrichtungen in den nächsten Jahren zu beschleunigen. Der Anteil des monolithischen Wohnungsbaus wird steigen.

Auch die Werktätigen unserer ASSR der Tschetschenen und Inguischen lösen das Wohnungsproblem nach Kraft und Möglichkeit, sagte die Deputierte S. S. Umalotowa, Leiterin einer Komplexbrigade im Maschinenbaubetrieb „Krasny Molot“ von Grosny. Die Wohnungsfrage bleibt allerdings noch akut. Die Deputierte nannte folgendes Beispiel. In der vergangenen Fünfjahrplanperiode stellten die nahezu 5 000 Mitglieder des Kollektivs ein 60-Familien-Wohnhaus fertig. Doch nur 36 Vertreter des „Krasny Molot“ wurden darin Wohnungen zugewiesen.

Der Deputierte W. P. Demidenko, Erster Sekretär des Küstalen Gebietskomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans betonte, die Mobilisierung der Menschen zur Überwindung von Schmarozertum und passivem Warten auf die Lösung brennender Probleme, darunter auch des Wohnungsproblems, sei die Aufgabe Nummer eins. Er berichtete, daß sich die Erfüllung des komple-

xen Wohnungsbauprogramms im Gebiet im Blockfeld der Parteikomitees, der Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets und der Wirtschaftsorganisationen befindet.

Die auf Sachallin bestehenden Ministerien und Betriebe stellen zu niedrige Aufgaben beim Bau von Wohnungen und anderen sozialen Einrichtungen. Man muß, so unterstrich der Deputierte, den Betriebskollektiven tatsächlich das Recht gewähren, einen Teil der eigenen Mittel für die soziale Entwicklung einzusetzen.

Den Stand des Wohnungsbaus in Kirgisien bezeichnete der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetrepublik A. D. Dshmagulow als gespannt. Nur selten und schlecht sorgen für die Lösung dieses wichtigen sozialen Problems verschiedene zentrale Staatsorgane, in erster Linie das Staatliche Agrar-Industrie- und das Ministerium für Wasserwirtschaft.

In seiner Ansprache erklang ernste Unruhe bezüglich der prinzipiellen Fragen, die, wie der Reglerungschef der Republik sagte, ohne Unterstützung der Unionsorgane bisher nicht gelöst werden können. Der wichtigste Faktor, der das Tempo hemmt, ist die schwache materiell-technische Basis der Bau- und der Baustoff-Industrie.

Ihre große Besorgnis um die allgemeine Sache, um das Endergebnis, brachte die Deputierte J. P. Marjachina, Anstreichbrigadierin im Wohnungsbaukombinat „60 Jahre UdSSR“ von Swerdlowsk, zum Ausdruck. Jeder Tag, sagte sie, beginnt bei uns mit dem Kampf gegen den ständigen Mangel an Materialien. Uns fehlt das Allernötigste.

Die Deputierte äußerte sich für eine strengere staatliche Abnahme von Erzeugnissen der Baubauindustrie.

Der Deputierte K. Turysow, Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, verwies darauf, daß im Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und in anderen Gewerkschaftsorganen viele Zuschriften und Beschwerden von Arbeitskollektiven eingelaufen sind bezüglich der unrechtmäßigen Aktionen der örtlichen Behörden, die in Verletzung der Gesetzgebung und der Rechte der Arbeitskollektive zusätzliche Abführungen von Wohnraum in den von Betrieben und Einrichtungen gebauten Häusern festlegen. Es ist wichtig, auch bei der Wohnraumlenkung strenge Ordnung zu schaffen.

Die in jüngster Vergangenheit zugelassenen Übergriffe in der Entwicklung der Ökonomie, in der Struktur der Volkswirtschaft und die niedrige Produktions-effektivität hinderten daran, die Mittel für die Festigung des sozialen und kulturellen Bereichs in vollem Umfang bereitzustellen, sagte der Deputierte W. I. Ogarkow, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Usbekischen SSR. Aber auch diese unbedeutenden Mittel wurden infolge des Zurückbleibens der Kapazitäten der Baubetriebe nicht vollständig erschlossen.

Der Redner gab selbstkritisch zu, daß die Stagnation und der Konservatismus im Denken einzelner Kader auch heute nicht endgültig abgeschafft sind. Die Partei- und Staatsorgane Usbekistans ziehen Lehren aus der Vergangenheit und ergreifen Maßnahmen zur Veränderung der Sachlage in diesen Fragen.

Über Probleme des Wohnungsbaus in kleineren Städten, Rayonzentren und Dörfern sprach sehr engagiert die Deputierte R. A. Timerbajewa, stellvertretende Direktorin der Mittelschule von Kitschketan, Rayon Aгрыs, Tatarische ASSR. Sie behauptet, daß die Erfüllung des Lebensmittelpogramms untrennbar ist von der sozialen Umgestaltung des Dorfes, der Schaffung der materiellen, kulturellen und sozialen Bedingungen für den Dorfwertstätigen, die sich konformmäßig durch nichts von städtischen unterscheiden und eine hochproduktive Arbeit sowie ein entsprechendes Lebensniveau sichern. Nur so, sagte er, können wir die Migration der arbeits-

fähigen Dorfbewölkerung verhindern und die Kader für das Dorf gewinnen.

Der Deputierte W. W. Karpow, Erster Sekretär des Vorstandes des Schriftstellerverbandes der UdSSR, machte die Anwesenenden auf die Probleme der Schaffung der nötigen sozialen und Lebensbedingungen zur schöpferischen Tätigkeit der Verbandsmitglieder aufmerksam. In einer Reihe von Beispielen nannte er die Hindernisse, die von manchen Vertretern der örtlichen Sowjets bei der Zuweisung von Wohnungen für Schriftsteller in den Weg gelegt werden.

Der Deputierte machte eine Reihe von Vorschlägen zur Vervollkommnung der Tätigkeit des Obersten Sowjets.

Im Gebiet Karaganda, in meiner Stadt Temirtau wurde der Wohnungsbau besonders intensiv seit 1987 entfaltet, als man in Kasachstan mit der Realisierung des Programms „Wohnungsbau 91“ begann, sagte der Deputierte T. D. Adam-Jussupow, erster Schmelzer der Hochofenabteilung des Hüttenkombinats. Bei der ganzen Zugeschwindigkeit des Wohnungsproblems kann es gemeinsam gelöst werden, wenn wir alle mithelfen, sagte der Redner.

Der Deputierte T. W. Lordkipanidse, Erster Sekretär des Stadtkomitees Katalissi der Kommunistischen Partei Georgiens, teilte mit, daß in der Stadt wie auch in der ganzen Republik die mit der Qualität des Baus von Wohnhäusern, sozialen und kulturellen Einrichtungen verbundenen Fragen noch immer akut bleiben. In diesem Zusammenhang hob der Deputierte die große Bedeutung der staatlichen Güterkontrolle als eines zuverlässigen Regels gegen Ausschub und Ausschauerzeuger hervor.

Er verwies in seiner Rede darauf, daß die Einräumung den örtlichen Direktivorganen des Rechts zum Bau sozialer und kultureller Einrichtungen auf dem Territorium der Republik stationierte Baubetriebe mit Unionsunterstützung heranzuziehen, zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur Georgiens wesentlich beitragen würde.

Estland wird mit Recht wegen der zögernden Entfaltung des individuellen Wohnungsbaus kritisiert, unterstrich der Deputierte K. K. Rebane, Präsident der Akademie der Wissenschaften der Republik. Zur Verbesserung der Situation sind zwar Maßnahmen gefaßt worden, jedoch noch bei weitem nicht alle.

Ferner machte der Redner darauf aufmerksam, daß bei der Realisierung des Programms des Wohnungsbaus auf ökologische Sauberkeit und auf die Genauigkeit der demographischen Prognose geachtet werden muß.

Der Deputierte G. N. Seidow, Vorsitzender des Ministerrates der Aserbaidshanschen SSR, stellte fest, daß die Entwicklung der sozialen Infrastruktur für die Republik von besonderer Bedeutung ist. Zehntausende Familien leben in behelfsmäßigen, baufälligen Häusern, der Mangel an Schulen, Krankenhäusern und Klubs ruft Besorgnis hervor.

Auf die Lösung dieser brennenden Probleme, sagte der Deputierte, zielt die Arbeit der Partei- und Staats- und Wirtschaftsorgane. Auf neue Art, mit mehr Initiative arbeiten zu lernen und keine Verantwortung zu fürchten — das ist die Hauptaufgabe der Sowjets, der Min-

isterien und anderer Ämter Aserbaidshans.

Für uns, die wir in den nördlichen Wirtschaftsregionen des Landes leben, sind die heute zur Diskussion stehenden Fragen von besonderer Bedeutung, sagte die Deputierte H. A. Perelainen, stellvertretender Chefarzt des Stadtkrankenhauses Nr. 1 von Petrosawodsk. Das Wohnungsproblem wird auch noch dadurch zugespitzt, daß im Laufe vieler Jahre große Mengen von Nutz- und Schnittholz in die Zentralgebiete des Landes abtransportiert, an der Basis aber Holzplattenhäuser errichtet wurden. Jetzt sind sie schadhaft geworden, und ein wesentlicher Teil neuer Wohnungen wird für die Umsiedlung der Menschen aus den baufälligen Häusern bereitgestellt.

Die Unterschätzung der spruchreif gewordenen Probleme des sozialen und kulturellen Bereichs in der Vergangenheit schädigten sehr die Ökonomie unserer Republik, erklärte der Deputierte A. Ch. Chordshamuradow, Vorsitzender des Ministerrates der Turkmenischen SSR. Im laufenden Planjahr fünf wurden Maßnahmen zur Umgestaltung dieses Bereichs in zügigerem Tempo eingeleitet. Zugleich, gestand der Redner, wurden in den zwei vergangenen Jahren die Pläne des Baus von Wohnungen aus Mitteln der Wohnungsbaugenossenschaften, der Kolchose und Einzelbauteilnehmer nicht erfüllt.

Die Wohnungsprobleme der in kleineren Städten stationierten Betriebe, erörterte in seiner Ansprache der Deputierte M. I. Semjonow, Direktor des Wolfram- und Molybdänkombinats „60 Jahre UdSSR“ in Dshida, Burjatische SSR.

Der Deputierte P. S. Grischtschenko, Erster Sekretär des Udmurtischen Gebietskomitees der KPdSU, zeigte anhand der autonomen Republik, daß das Zurückbleiben in der Entwicklung des sozialen Bereichs dazu führt, daß das gesammelte Wirtschaftspotential unzureichend genutzt wird und die Kaderfluktuation sich nicht verringert. Ein akutes Problem ist der Wohnungsmangel. Der Redner berichtete ausführlich über die eingeleiteten Maßnahmen zu dessen Lösung. Er brachte den Vorschlag ein, die Normativmethode der materiell-technischen Versorgung der Baubetriebe einzuführen.

Der Deputierte W. A. Arsenjew, Vorsitzender des Kolchos „Krasny Oktjabr“, Rayon Komsomolskoje, Tschuwaschische ASSR, erinnerte daran, daß es notwendig sei, im Landbauwesen die Spezifik des Lebens der Dorfwertstätigen zu berücksichtigen. Dabei haben die örtlichen Sowjets, die die Plan- und Bauausgestaltungen der Dörfer erörtern und bestätigen, eine wichtige Rolle zu spielen.

Der Deputierte ging auch auf ein anderes für die Dorfbewölkerung lebenswichtiges Problem ein, nämlich die Versorgung der Menschen mit Brennstoff. Für die Eigenheime mit Ofen- und Warmwasserheizung, sagte er, wird äußerst wenig Kohle und Holz zugeteilt. Es gibt nur einen Ausweg — die sofortige Gasifizierung der Dörfer der autonomen Republik.

Die Sitzung des Nationalitäten-sowjets wird für geschlossen erklärt.



Immer bereit!

Für unsere jungen Leser

David JOST

Vater und Sohn



Man schlug Alarm... Es war noch früh,

das Dorf im Traum noch lag. Da gingen beide an die Front an einem Junitag.

Der Vater, nach dem Schlachtgedröhn, kam siegreich heim als Held; der Sohn jedoch, der Heimat fern,

verblieb zurück im Feld. Wenn auch der Vater kam nach Haus,

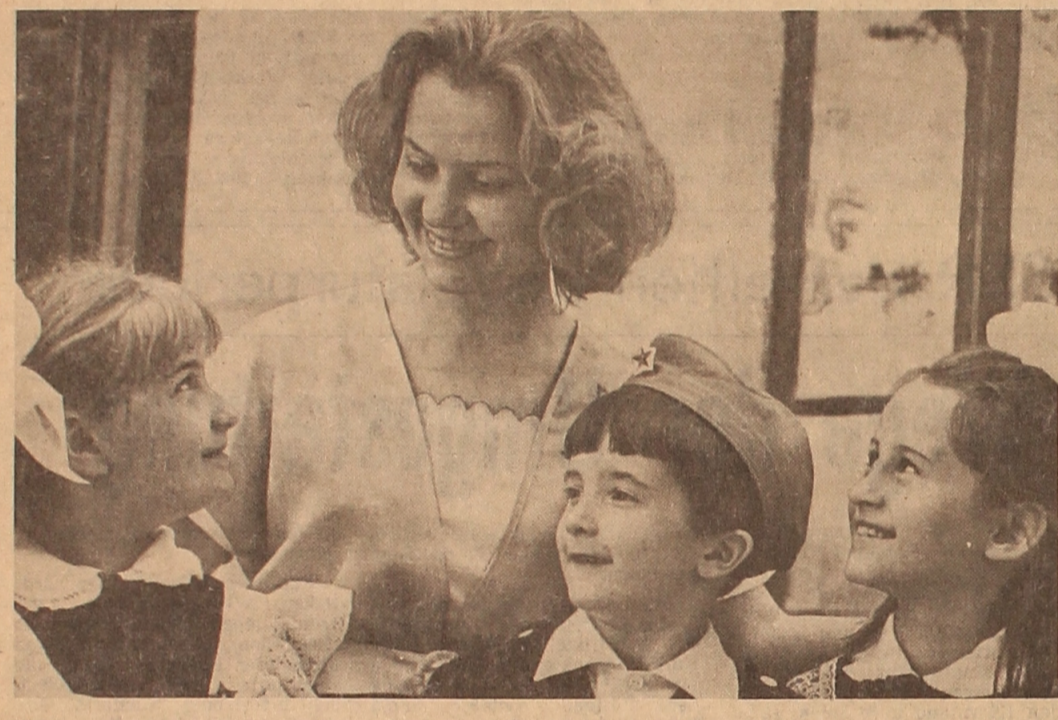
war's ihm ums Herz doch schwer... Und daß der Sohn nicht kehrte heim schien ihm, sei schuld nur er. Er sprach, gebeugt sein graues Haupt, (er war auch kriegsversehrt) „Viel besser wär's, wenn statt des Sohns ich nicht zurückgekehrt.“

Willkommen, Ferien!

Neuerdings hatten wir ein ungewöhnliches Erlebnis: Im Auftrag der Redaktion waren wir in die Mittelschule Nr. 55 von Alma-Ata gekommen, um dem letzten Klingelzeichen beizuwohnen. Und da wurden wir auf eine Gruppe Oberschüler aufmerksam — die Jungen und Mädchen hatten traurige Gesichter. Ringsum lachte und scherzte und sang es, und die Trauer nahm sich davor recht sonderbar aus.

„Kann man denn Freude verspüren, wenn es heißt, es sei das letzte Klingelzeichen in deinem Leben!“ Na ja, so ist es nun mal. In der Mittelschule, die wir nicht von ungefähr für diese Reportage wählten, weil sie ja mehrfacher Sieger in verschiedenen Aktionen im Gebiets- und Republikmaßstab gewesen war, sind es in diesem Jahr 127 Schulabgänger. An 127 Jungen und Mädchen sollen Reifezeugnisse überreicht werden. Aber hier gibt es auch viele Kinder, die weiterlernen werden.

Im nächsten Schuljahr werden über 150 Abc-Schützen den Weg der Erkenntnis beschreiten! Wir machten einige Schnappschüsse. In das Objektiv gerieten diejenigen, die die Hälfte ihres Schulwegs schon hinter sich haben. Und das waren die Kinder aus der Klasse 5a mit ihrer Klassenleiterin Rimma Michailowna Owsjannikowa. Für sie alle bedeutet das Klingelzeichen den Beginn großer Sommerferien. Ist das eine schöne Zeit! Auch die Aller kleinsten, die in



Sein Namensvetter

Wenn ich über einen Helden lese oder mir einen Film ansehe, überlege ich stets, ob ich an seiner Stelle auch so gehandelt hätte. Nun kam es, daß ich einen richtigen Helden, und zwar einen ganz jungen, nur wenige Jahre älter als ich, kennenlernte.

Das ist Andreas Hendel, mein Namensvetter und mein Landsmann. Er erzählte mir viel über seinen Armeedienst in Afghanistan. Als ich ihn darüber ausfragte, erzählte er: Sein Zug, der zum größten Teil aus Neueinberufenen bestand, erhielt den Befehl, nach einem abgeschossenen Flugzeug zu suchen. Andreas war der Älteste unter den Kameraden, daher beschloß er, als erster auf das Gelände zu treten, denn er vermutete, daß es vermint sei.

Kaum hatte er ein paar Schritte getan, als eine Mine explodierte, und eine starke Druckwelle ihn zur Seite schleuderte. Schwer verwundet, befohl er seinen Kameraden keinen Schritt weiterzugehen. Die Soldaten warfen ihm eine Schlauchbinde zu.

mit der er das Blut stillte, das aus der aufgerissenen Wunde quoll. Erst nachdem der Zutritt zu Andreas entmint worden war, transportierte man ihn in ein Spital von Kabul.



Zur Zeit ist Andreas Hendel Fahrer in der Geflügelabteilung in meinem Heimatdorf Pokrowka, er ist Mitglied des Komsomolkomitees, Mitgliedskandidat der Partei und zugleich ein lebensfroher und gutherziger Mensch. Wer seine Heldentat nicht kennt, würde sagen, er sein ein einfacher Dorfbursche. Helden sind eben ganz gewöhnliche Menschen. Andreas SCHWARZKOPF, Jungkorrespondent Gebiet Karaganda

Das Stiefkind

„Opa, guck mal, dort unter dem Baum sitzt ein kleiner Igel. Wollen wir ihn nach Hause mitnehmen“, bittelt Lenchen, die mit ihrem Großvater im Wald spazieren geht. „Wozu denn? Laß ihn doch in Frieden in seinem Wald leben. Außerdem wohnt bei uns im Hof hinter der Hundehütte eine Igelmutter mit vier Jungen.“ „Na, siehst du, die Igelmutter kriegt dann noch ein Stiefkind dazu“, meinte Lenchen.

lich Nachtiere und ziemlich laut. Auch in dieser Nacht wirtschafteten sie im Garten herum, sich Nahrung suchend. Als Opa herauskam, rollten sie sich sofort zusammen. Opa nahm eine kleine Stachelkugel und legte sie in die Pappschachtel, wo der Neuling zusammengerollt friedlich schlummerte. Im Nu waren beide hellwach, beschneifelten einander und rannten schnell in der engen Schachtel von einer Ecke zur anderen.

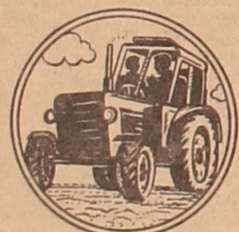


„Wenn die Igelmutter aber diesen Kleinen nicht annimmt? Er ist ja viel älter als ihre eigenen Jungen.“ „Aber Opa, nimm ihn bitte mit, ich möchte ihn doch so gern haben, vielleicht geht es doch“, bat Lenchen den Großvater. Zu Hause packten sie den Igel aus Opas Mütze aus, aber er rollte sich gleich wieder zu einer stacheligen Kugel zusammen und regte sich nicht. Um Mitternacht kroch die Igelfamilie aus ihrem Loch unter der Hundehütte heraus. Igel sind nämlich

„Aber Opa, die Igelmutter wird um den Kleinen bestimmt sorgen“, sagte Lenchen erregt, den Großvater am Armel ziehend. Der Großvater nahm die Schachtel mit den beiden Igel und öffnete die Tür, vor der schon die Igelmutter mit ihrer ganzen Sippe stand. Vorsichtig ließ der Großvater beide Tierchen zu der Igelmutter. Doch nach und nach beruhigte sie sich, und die Igelfamilie zog friedlich auf die Jagd in den Garten, der Neuling hinterher. Jakob PENNER

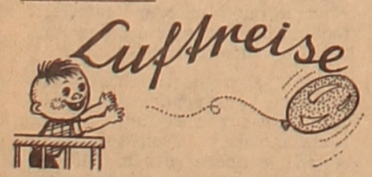
Meine erste Aussaat

Ich lerne in der Landwirtschaftlichen Berufsschule Nr. 18 in Assanowo. Für mich stand nicht die Frage, wohin nach der Achteklassenschule, weil ich das Vorbild meines Vaters Johann Keller vor Augen habe, der ebenfalls diese Berufsschule beendet hatte. Er ist ein Mensch, der sein Leben lang der Landwirtschaft treu bleibt. Er glaubt, daß es nichts Besseres in der Welt gibt als seinen Beruf. An diesen Tagen beginnt in unserem Betrieb die Aussaat. Die



landwirtschaftlichen Maschinen — Traktoren, Sämaschinen und andere sind schon längst startbereit. Diesmal werde ich mit Vater zum erstenmal selbst säen. Unser Lehrmeister Peter Stahlmann scheint mit mir zufrieden zu sein, obwohl ich erst ein Jahr bei ihm in die Lehre gehe. Jetzt, bei der Aussaat, will ich ihm beweisen, daß er sich nicht umsonst mit mir herumgeschlagen hat. Nach zwei Jahren will ich ein ebenso tüchtiger Fachmann werden wie mein Meister. Hanns KELLER, Fachlehrling Gebiet Nordkasachstan

Rosa PFLUG



Alles ist zum Flug bereit. Eins, zwei, dreil — nun wird es Zeit. Gleich geht's los mit frohem Mut! Die Luftreise verläuft recht gut! Immer höher, immer höher — und die Wolken kommen näher! Ein Hallo auf dem Balkon — plötzlich platzt mein Luftballon! Abgeschlossen ist der Flug. Na, es ist ja auch genug. Mitti, ich komm schon nach Haus — wein dir nicht die Augen aus!

Ein kleines Abenteuer am Selbstverwaltungstag

Es begann noch am Vorabend des Selbstverwaltungstages in der 8. Schule von Maili-Sai. Inna Jokkers rief mich an und sagte: „Morgen bin ich Deutschlehrerin in der 5a. Ich lade Sie ein, mich interessiert Ihre Meinung.“ Am anderen Tag ging ich dann mit Inna in die 5a mit. Anfangs war sie ein wenig aufgeregt. Aber die Schüler waren ernst und folgten. Nach der ersten Frage der neugebackenen Lehrerin flogen fast alle Hände hoch. Inna beruhigte sich rasch und prüfte sachlich die Hausaufgabe. Die Schüler lasen gut und unterhielten sich frei.



Als sie beim Besprechen der nächsten Hausaufgabe waren, öffnete sich geräuschlos die Klassentür und eine Fotokamera schob sich herein. Außer mir bemerkte das niemand. Nach einem leisen „Klink“ verschwand die Kamera. Ich stahl mich unbemerkt aus der

Klasse und entdeckte Leo Hochhalter aus der 7. Klasse, der seinen Trick an mehreren Türen wiederholte. Er fotografierte Sweta Nowikowa, die an diesem Tag den Schuldirektor vertrat, während einer Besprechung mit den jungen Lehrern Anja Tschelnokowa, Andreas Dyck und den Leiter der Lehrabteilung Viktor Ljachowez. In der großen Pause hing im Vestibül die Wandzeitung „Immer bereit!“ mit Leos Fotos, die er als junger Bildreporter extra gemacht hatte.

Wladislaw KIRSCH Kirgisien

fesselt, blieb er in den ersten Reihen der Kämpfer für die Befreiung der Menschheit. Auch heute ist der Platz des Komsomol in der Avantgarde der Jugend. Ich trage jetzt die Verantwortung für alles, was in unserem Land geschieht.

Katja SAWOTSCHKINA, 8. Klasse Jelenez, Gebiet Gornj

Ich bin nun auch Komsomolzin

Mich haben immer die Heldentaten der Komsomolzen begeistert. Im Bürgerkrieg, in der sozialistischen Aufbauarbeit und im Großen Vaterländischen Krieg waren die Komsomolzen stets dort, wo es schwer war. Ihnen waren immer Mut und Selbstlosigkeit eigen. Das beste Beispiel dafür sind die

Heldentaten unserer Zeitgenossen in Afghanistan und in Tschernobyl. Der Komsomol ist für mich eine Schule dessen, wie man leben und arbeiten muß. Ich will so leben und kämpfen wie Nikolai Ostrowski. Das war ein Held! Blind und ans Bett gefesselt, blieb er in den ersten Reihen der Kämpfer für die Befreiung der Menschheit.

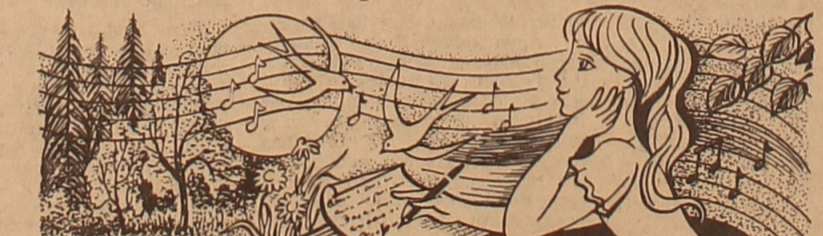
Manfred ZOREF

„Schreibt für morgen den Aufsatz ‚Der Sommer auf dem Lande‘“, sagte die Lehrerin. Edith dachte zu Hause lange darüber nach. Sie erinnerte sich gern an die vorjährigen Sommerferien im Grünen, doch all das wiederzugeben, fiel ihr schwer. „Der Sommer ist eine herrliche Jahreszeit“, begann sie. Doch wie das Schaffen der Menschen, das Treiben der Tiere, die Sonne, die Farben des Sommers beschreiben?

Im Nebenzimmer erklang eine Melodie aus einem Tonbandgerät. Dort wohnte ihr blinder Großvater. Er war im Großen Vaterländischen Krieg erblindet. Opa wollte einst Maler werden. Der Krieg aber vergönnte es ihm nicht. Mit halbgeschlossenen Lidern lauscht er der Musik. Wunderbar ermunternd strömte ihm die Melodie ins Herz. „Was hörst du, Opa?“ möchte Edith wissen. „Das Oratorium ‚Die Jahreszeiten‘ von Joseph Haydn“, erwiderte der Großvater. „Erklomm da auch etwas über den Sommer mit?“ fragte sie. „Gewiß.“ Gute Musik regte den Großvater stets zum Träumen und Fabulieren

Der Aufsatz

an. Er zwinkerte mit den Lidern und erzählte: „Sonnenaufgang. Von breiten bunten Tälern umgrenzt, sehe ich im Morgenlicht einen silbergrünen Wald voll starker Bäume in grü-



nem Blättergewand. Ich sehe den blinkenden Tau auf den Blumen und Gräsern. Ich höre den Vogelchor, dessen Geflatter und Spektakeln im blauen Himmel, das Lied der Lerche und das Klappern der Störche. In Gärten und Schulhöfen schwirren Kinderstimmen durcheinander. Die Sonne reckt sich aus dem Schlaf. Die Bäume werden dunkelgrün. In den Fabriken, im Wald und auf den Feldern geht es lebhaft zu.

Plötzlich wird der Himmel bleigrau. Schwere Wolken verdecken die Sonne. Nun höre ich das Prasseln der ersten kalten Regentropfen. Ein Gewitter entlädt sich. Blitze zucken, der Donner grollt.

Doch bald verscheucht die strahlende Sonne die dunklen Wolken. Ein heller Regenbogen verkündet ihren Sieg über das Gewitter. Die Sonne beendet ihren Tageslauf und geht schlafen. Zum Abschied kleidet sie die Natur in ein rubinrotes Gewand, das nur Himmel und Erde umwebt. Der rötliche Glanz dringt durch Türen und Fenster in die Stuben. Tierchen und Käferlein wispern, raunen und rascheln, schwirren und flattern.

Rätsel

Aufrecht — fahre ich herum, bleib ich stehen — fall' ich um. (Fahrrad)

Erzählung

Grillen zirpen ihre Abendmelodie. Der Ackerbauer kehrt vom Feld heim. Es dunkelt. Nach mühevoller Arbeitstag erschallt weit über den Feldern frohe Dorfmusik. Über Wald und Feld herrscht die Sommernacht. Tausende Lämpchen blinken am samtschwarzen Himmel. In der stillen Nacht höre ich den Gesang der Nachtigall. Ihr Lied verstummt, die Nacht entweicht und das ferne Morgenrot kündigt einen neuen, sonnigen Tag an. „O, wie siehst du das alles, Opa?“ wunderte sich Edith.

„Das alles ‚malt‘ der Komponist mit den Tönen“, erwiderte er. Noch einmal legte Opa die Platte auf. Jetzt hörte auch Edith aufmerksam zu. Vor ihrem geistigen Auge entstand mit der Musik das schöne Bild, das Opa geschildert hatte. Edith setzte sich an den Schreibtisch. Ihr Aufsatz war der beste in ihrer Klasse. „Hat dir jemand bei dieser Hausarbeit geholfen?“ fragte die Lehrerin sie. „Ja“, sagte Edith. „Die Musik von Joseph Haydn.“

Holla, Mädchen!

Unsere Klub „Junger Techniker“ aus Pawlowka besuchen nicht nur Jungen, sondern auch Mädchen. Davon zeugt der jüngste Wettbewerb „Holla, Mädchen!“, an dem sich die Pioniere der 6. und 7. Klasse beteiligten. Acht Mädchen wetteiferten geschickt und mit Spaß in verschiedenen Aufgaben. Zuerst sollte jedes Mädchen ein Lied singen und einen Tanz vorführen oder einige Poggymnastikübungen demonstrieren. Hier waren alle Mädchen auf der Höhe, und die Jury gab allen gleiche Punkte. Dann wurden Diabilder aus Märchenfilmen gezeigt, und die Mädchen mußten schnell die Titel nennen. Hier siegte Natascha Lewtschuk aus der 7. Klasse. Inna Prodan und Katja Hildebrandt zeigten sich als vortreffliche Hausfrauen; sie hatten im Nu den Fleischwolf zusammen- und auseinandergebaut; sie verbanden auch geschickt den angeblich verwundeten Finger. In den Pausen spielten die Schülerinnen der Musikschule Natascha Schleining und Olja Brittner zum Tanz auf, und die Poggymnastinnen aus der 2. Klasse zeigten eine neue Komposition. Irene BRANDT, Nadja KOHLBECK, Jungkorrespondenten Gebiet Zelinograd

Redakteur K. W. EHRlich

Unsere Anschrift:

Kazachskaja SSSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gornjogo, 50, 4-й этаж

Telefon: Vorzimmer des Redakteurs — 33-42-69; stellvertretende Redakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-74; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.

«ФРОИНДАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Объем 2 печатных листа

Заказ 11965